

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 3 / SEPTEMBER 2017
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch

Umkämpftes Wasser

**Weltweit gibt es immer mehr
Konflikte um das Blaue Gold**

Erstarrtes Land

**In Bosnien und Herzegowina fehlt
es den Jungen an Perspektiven**

Industrie 4.0

Auch für arme Länder?

Inhalt

DOSSIER



WASSER UND KONFLIKTE

- 6 Blauer Friede nötiger denn je**
Als eine der grössten künftigen Herausforderungen gelten drohende Konflikte um Wasser: Bei deren Prävention nimmt die Schweiz eine aktive Rolle ein
- 11 «Ohne Dialog verlieren alle»**
Interview mit Sundeep Waslekar, Experte für Wasserkooperation und Präsident des indischen Think Tanks Strategic Foresight Group
- 13 Auf Vertrauensuche nach dem Kollaps**
In Zentralasien suchen die Staaten nach Lösungen für den vernachlässigten Wassersektor
- 15 Wasserkrise im Nahen Osten**
Die von der Schweiz lancierte «Blue Peace»-Initiative will künftige Konflikte um Wasserknappheit verhindern
- 17 Facts & Figures**
- 18 Ein gespaltenes Land steht still**
Bosnien und Herzegowina leidet unter horrender Arbeitslosigkeit, ethnischen Spannungen und fehlenden Reformen
- 21 Aus dem Alltag von ...**
Barbara Dätwyler Scheuer, Leiterin Schweizer Kooperationsprogramm in Bosnien und Herzegowina und stellvertretende Missionschefin
- 22 Alternative Postkarte aus Sarajevo**
Sandra Zlotrg über das Zentrum ihrer Heimatstadt und warum sich dieses nicht dort befindet, wo die allermeisten Touristinnen und Touristen hingehen
- 23 Von Läusen bedroht, von Wespen gerettet**
Ein von der Schweiz unterstütztes Projekt hilft westafrikanischen Bauernfamilien im Kampf gegen einen Papaya-Schädling
- 24 Mehr säen, weniger pflanzen**
Dank der effizienteren Nutzung von Wasser im Baumwoll- und Reisanbau erhalten in Zentral- und Südasien Kleinbauernfamilien ein sicheres Einkommen

HORIZONTE



DEZA



FORUM



KULTUR



- 27 Industrie 4.0 auch für arme Länder?**
Die digitalen Plattformen, Sensoren und Roboter der 4. industriellen Revolution formen eine andere Welt, deren Gesicht noch niemand kennt
- 30 Wissen allein genügt nicht**
Carte blanche: Driss Ksikes vermisst in seinem Heimatland Marokko die Weitergabe von Wissen
- 31 Tanzend den erlittenen Horror überwinden**
In Kambodscha hilft ein Kulturprojekt lange missachteten Opfern des Khmer-Regimes beim Überwinden ihres Traumas

- 3 Editorial**
4 Periskop
26 Einblick DEZA
34 Service
35 Fernsucht mit Reto Albertalli
35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge notwendigerweise den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Der letzte saubere Liter Wasser

Während meinem Studium vor bald 40 Jahren äusserte einer meiner Professoren die Befürchtung, im nächsten Weltkrieg würde nicht um Land oder Reichtümer gekämpft, sondern um den letzten Liter sauberen Wassers. Meine Kommilitonen und ich hielten das für etwas gar dramatisch und kamen zum Schluss, der Prof hätte wohl gerade einen besonders schlechten Tag. Überdies hatten wir noch ein gutes Jahrzehnt Kalten Krieg mit dem Risiko absichtlich oder versehentlich ausgelöster nuklearer Vernichtung der ganzen Menschheit vor uns. Wassermangel registrierte da auf dem Sorgenbarometer Schweizer Studis nicht sehr hoch, und ich vergass denn meinen Professor auch für mehrere Jahrzehnte wieder.

Heute weiss ich, wovon er sprach und hoffe einfach, dass er trotzdem Unrecht behält.

Von gegenwärtigen Entwicklungen auf die Zukunft zu schliessen, ist heute schwieriger denn je. Einerseits ging es der Menschheit insgesamt noch nie besser als im Mai 2017 (als diese Zeilen entstanden) – Tendenz nach wie vor steigend. Noch nie lebten mehr Menschen – absolut und relativ gesehen – länger, gesünder und besser, auch wenn das für Menschen in Mossul oder im Jemen natürlich wie ein Hohn tönt. Andererseits deutet vieles darauf hin, dass dieser positive Trend von gegenläufigen Langzeitentwicklungen überlagert wird, welche die bisherigen Fortschritte der Menschheit wieder zunichtemachen könnten. Zu diesen Entwicklungen gehört die vielerorts zunehmende Wasserknappheit.

Bis 2025 werden 1,8 Milliarden Menschen von akuter Wassernot bedroht sein. Welche humanitären Katastrophen das auslösen könnte, sehen wir bereits heute in verschiedenen Gegenden Afrikas. Tanklaster mit Wasser sind kurzfristig überlebensnotwendig, aber keine nachhaltige Lösung. Ohne Wasser in hinreichender Menge gibt es auch keine Produktion von Gütern und Nahrungsmitteln. Die lokale Wirtschaft steht still. Man muss deshalb nicht den Pessimismus meines Professors teilen, um zu sehen, welches Konfliktpotenzial im Wassermangel liegt. 286 Flüsse und Seen werden je von mindestens zwei Ländern

geteilt. Die Flüsse Kongo, Niger, Rhein, Donau, Nil und Sambesi je von deren neun bis elf.

In kaum einer anderen Region der Welt ist die Konflikträchtigkeit der Wasserknappheit offensichtlicher als im Nahen Osten, wo zahlreiche Flüsse heute 50 bis 90 Prozent weniger Wasser führen als noch vor 50 Jahren, bei gewachsenen Bevölkerungszahlen.

Als spezifischen Lösungsansatz für diese Region lancierten die DEZA und die EDA-Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) 2009 die Blue Peace Initiative, die durch eine Kombination von internationaler Politik und technischer Zusammenarbeit aufzeigen soll, dass die einvernehmliche Regelung der Wassernutzung eine friedensfördernde Wirkung haben kann. Blue Peace konnte im Nahen Osten und Zentralasien bereits massgeblich zum Aufbau von lösungsorientierten Netzwerken von Entscheidungsträgern beitragen.

Im November 2015 lancierte Bundesrat Burkhalter ausserdem das Global High Level Panel on Water and Peace, um die globale Aufmerksamkeit auf die Beziehung zwischen Wasser und Frieden zu lenken. Mit vorläufigem Erfolg: Im vergangenen November hatte der UNO-Sicherheitsrat eine erste Sondertagung über Wasser, Frieden und Sicherheit einberufen.

Die Schweiz wird punkto Wasser von der Geografie zweifellos bevorzugt. Trotzdem kennt auch sie Herausforderungen, die sie in diesem Bereich mit anderen Ländern teilt: Aspekte des Nachbarrechts, wirtschaftliche Nutzung, Reinhaltung, etc. Die Lösungen, die sie in diesen Fragen selber immer wieder gefunden hat, machen die Schweiz zu einem kompetenten und glaubwürdigen Partner insbesondere für Länder, in denen Wassernot früher oder später zur existenziellen Bedrohung werden könnte. Die DEZA ist dankbar, mit ihren Programmen lösungsorientierte Beiträge leisten zu können.

*Manuel Sager
Direktor der DEZA*

Periskop



ChinaFotoPress/laif

Kleine Pflanze, grosse Chancen

(bf) Wasserlinsen stehen in asiatischen Ländern wie Thailand, Kambodscha oder Laos seit jeher auf dem Speiseplan – sei dies als Suppe, Gemüsebeilage oder Omelette. Nun hat ein Forscherteam der deutschen Universität Jena in einer Kooperation mit indischen Fachkolleginnen und -kollegen herausgefunden, dass die wurzellose Wasserlinse *Wolffia globosa* ein riesiges Potenzial als Proteinquelle für die menschliche Ernährung besitzt. Mit ihrem hohen Proteingehalt ist sie nicht nur vergleichbar mit Raps oder Erbsen, sie enthält auch wertvolle Omega-3-Fettsäure. Weitere Trümpfe: Sie vermehrt sich sehr rasch, verbraucht als Wasserpflanze keine zusätzlichen Anbauflächen, und weil sie problemlos Spurenelemente aufnimmt, die im Wasser gelöst sind, lassen sich ernährungsbedingte Mangelerscheinungen mit geringem Aufwand ausgleichen. Weitere Einsatzgebiete der Wasserlinse sieht das Forscherteam in der Fischzucht, der Gewässerreinigung und bei der Herstellung von Bio-Ethanol.

Viehversicherung per Satellit

(cz) Die kenianische Regierung hat eine innovative Versicherung eingeführt, um von Dürre bedrohte Hirten zu unterstützen. Das Kenya Livestock Insurance Programme (Klip) regis-

triert und überwacht Herden per Satellitenbilder. Sterben während einer Dürreperiode zu viele Tiere, werden Unterstützungszahlungen an die Hirten ausgelöst. Das soll es ermöglichen, Futter für die verbliebe-



Evelyn Hockstein/Polaris/laif

nen Tiere zu kaufen und die Herden so am Leben zu erhalten. «Unsere Reaktion auf die Dürre muss proaktiver und wirksamer werden», sagt der kenianische Ökonom Andrew Mude, der das Programm entwickelt hat. «Immer nur zu reagieren und auf internationale Hilfe zu hoffen, ist ineffizient.» Finanziert wird die Versicherung durch die kenianische Regierung und die Weltbank. Lanciert wurde sie bereits 2016 – bis Oktober dieses Jahres dürften rund 25 000 Bauernfamilien von Klip profitieren. Ziel ist es, das Programm bis 2020 auf über 100 000 Haushalte auszuweiten.

Afrikas erstes Torfkraftwerk

(cz) Der Mangel an stabil zugänglicher Energie ist eines der Hauptprobleme vieler afrikanischer Länder. Um dieses Problem zu lösen, geht Ruanda nun neue Wege. Im April dieses Jahres wurde das erste Torfkraftwerk des Kontinents eingeweiht. Die Anlage steht in Gishoma im Südwesten des Landes und hat laut Medienberichten knapp 40 Millionen Dollar gekostet. Vorerst soll das Kraftwerk eine Leistung von 15 Megawatt erbringen. Ein zweites Torfkraftwerk mit einer Leistung von 90 Megawatt ist geplant. Zum Vergleich: Das Atomkraftwerk Mühleberg bei Bern erbringt etwas mehr als 370 Megawatt Leistung. Ruanda möchte bis 2018 70 Prozent seiner knapp zwölf Millionen Einwohner an das nationale Stromnetz anschliessen. Die neue Technologie soll dazu einen Beitrag leisten: Torfkraftwerke sollen künftig rund 20 Prozent des Energiebedarfs decken. In Europa haben viele Länder ihre Torfkraftwerke aufgegeben. Weil sich der Rohstoff sehr langsam erneuert, zählt er laut EU nicht zu den erneuerbaren Energiequellen.

Drohnen verbessern Maiszucht

(jllh) Untersuchungen des weltweit tätigen Internationalen Zentrums für Mais- und Weizenwissenschaft CYMMYT zeigen, dass der Einsatz von Drohnen die Maiszucht unterstützen kann. Gemäss Angaben der Niederlassung in Simbabwe lassen sich der Arbeitseinsatz und die Kosten für die Maiszucht im südlichen Afrika dank der ferngesteuerten Fluggeräte und ihren Sensoren um rund zehn Prozent senken. Die aus der Luft gesammelten und weiterverarbeiteten Daten über Wachstum, Struktur und weitere Eigenschaften der Pflanzen tragen unter anderem dazu bei, klimatisch anpassungsfähigere Sorten zu züchten. Ganz allgemein werden Drohnen in der Landwirtschaft mittlerweile nicht nur im Süden und Osten Afrikas, sondern auch in Lateinamerika und Asien eingesetzt. Gleichzeitig weisen Experten

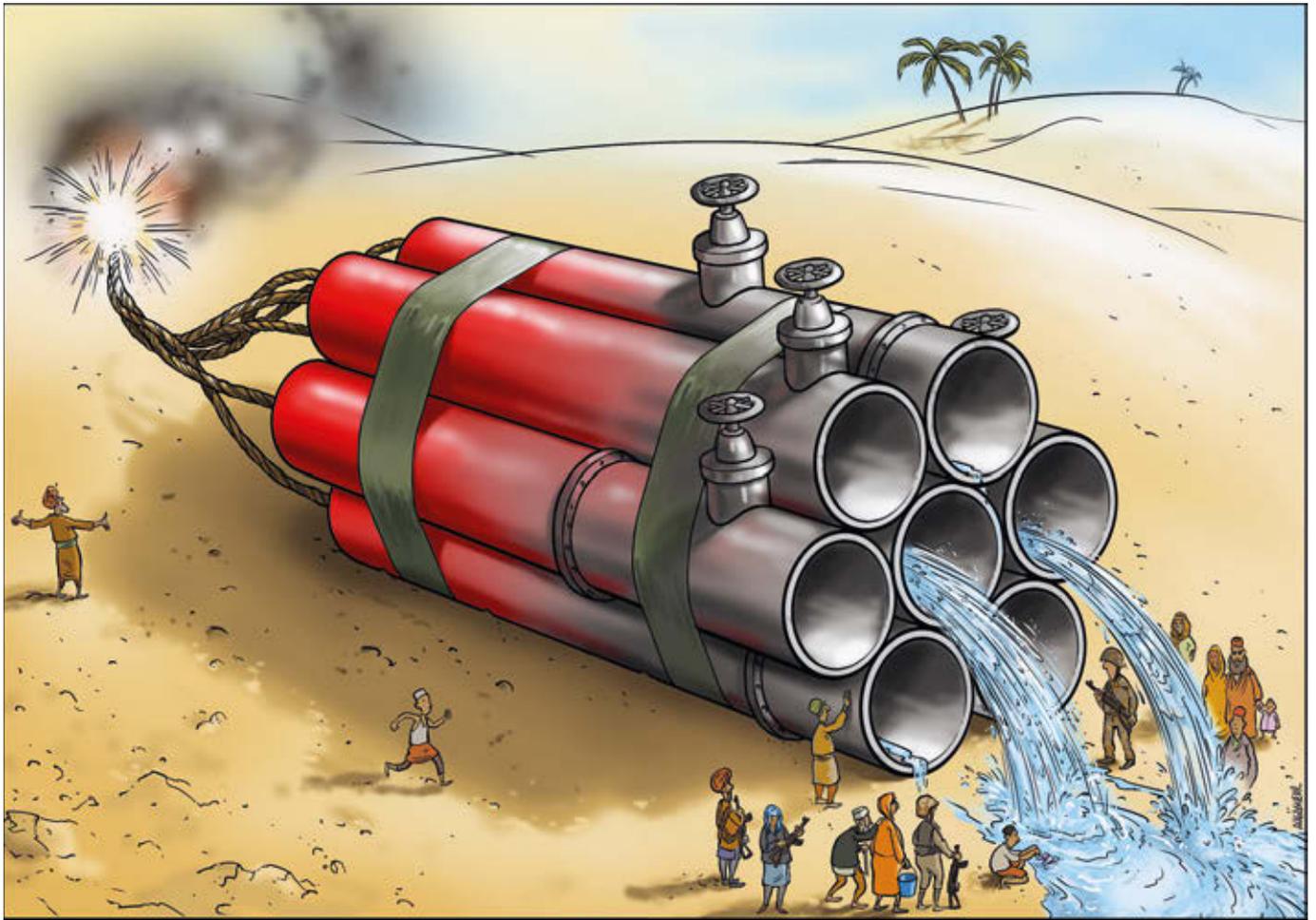


Obiba Obemolozor/laif

und Expertinnen darauf hin, dass der Einsatz von moderner Technologie nur bei gleichzeitiger Ausbildung der Bäuerinnen und Bauern in Saatzucht und technischer Feldarbeit erfolgreich sein kann.

Erfolgreiche Alphabetisierung

(jllh) Rund ein Fünftel der Bevölkerung oder über 13 Millionen Menschen können in dem im Nordosten Brasiliens gelegenen Bundesstaat Maranhão weder lesen noch schreiben –



auf dem Land sind es gar bis 40 Prozent der Bevölkerung. Nun hat eine örtliche Landlosenorganisation diesem Misstand erfolgreich den Kampf angesagt: Mithilfe der kubanischen Methode «Yo si puedo» (Ja, ich kann es) alphabetisierte sie vergangenes Jahr in Kursen vor Ort über 7000 Jugendliche und Erwachsene und erzielte damit wesentlich schnellere Erfolge als übliche Methoden. Dies wird insbesondere auf den lokalen Bezug zurückgeführt: Die Lerninhalte werden auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmt, und eine speziell ausgebildete Person aus der Gemeinde begleitet die Schulung. Nach der eigentlichen Alphabetisierung vermittelt das Programm weitere Inhalte, etwa in den Bereichen Gesundheit oder Gewalt gegen Frauen. 2017 will die

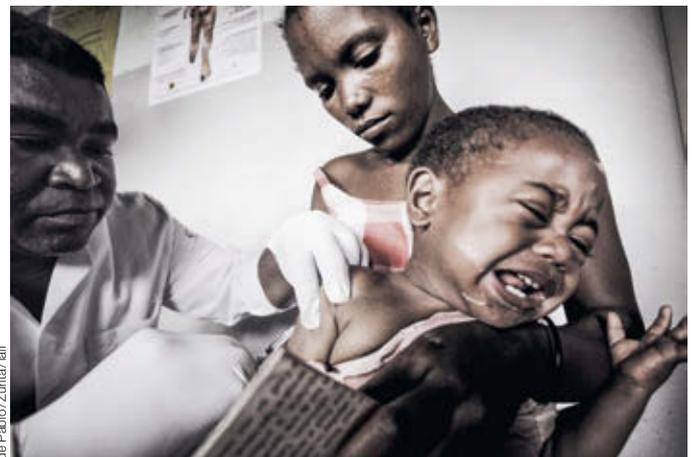
Landlosenorganisation bereits doppelt so vielen Menschen Lesen und Schreiben beibringen.

Breit angelegte Malariaimpfung

(lb) Alle zwei Minuten stirbt ein Kind an Malaria. Pro Jahr werden – hauptsächlich in Subsahara-Afrika – 400 000 Malaria-tote registriert. Am meisten betroffen sind Kinder unter fünf Jahren. Ab 2018 beabsichtigt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit einem gross angelegten Pilotprojekt in Ghana, Kenia und Malawi die erste wirksame Malariaimpfung mit dem Impfstoff RTS,S zu starten. «Kombiniert mit den wichtigsten Antimalaria-Mitteln hat die Impfung das Potenzial, allein in Afrika jährlich zehntausende Leben zu retten», sagt Matshidiso Moeti von der WHO. Um

wirksam zu sein, muss die Impfung viermal verabreicht werden: drei Monate lang einmal pro Monat, ein viertes Mal nach 18 Monaten. Das Pilotprojekt wird mit 750 000 Kindern im Alter zwischen fünf und 17 Monaten durchgeführt. Die eine Hälfte erhält die Impfung, die andere bildet die

Kontrollgruppe. Die Impfung soll vier von zehn Malaria-Ansteckungen verhindern, die schlimmsten Infektionen um ein Drittel senken und damit die Hospitalisierungen reduzieren.



de Pablo/Zurita/laif

Blauer Frieden nötiger denn je

Drohende Konflikte um Wasser gelten als eine der grössten Herausforderungen der Zukunft. Um sie abzuwenden, helfen Dialog und Kooperation. Immer öfter zeigt sich nämlich, dass Länder, die sich aktiv an einer Wasserkoooperation beteiligen, keine Kriege gegeneinander führen. Von Christian Zeier.



Jacely Fortin/NTT/Reuters/laif

Der Renaissance-Staudamm im Nordwesten Äthiopiens leitet das Wasser des Blauen Nils um, was dessen Anrainerstaaten jahrelang vor grosse politische Herausforderungen stellte.

Die Lage war mehr als brenzlich im Juni 2013. Äthiopien hatte gerade damit begonnen, den Blauen Nil umzuleiten, um mit dem Bau des gigantischen Renaissance-Staudamms nahe der sudanesischen Grenze zu beginnen. Ägypten, das vom Wasser des Nils abhängig ist, fühlte sich überrumpelt. Eilig wurden in Kairo hohe Entscheidungsträger einberufen. Beim Treffen schlug einer vor, den Damm mittels Spezialeinheiten zu zerstören; ein anderer wollte Kampfjets entsenden; ein Dritter wollte Rebellen im Nachbarland unterstützen. Was sie alle nicht wussten: Ihre Diskussion wurde live am TV übertragen. Der damalige Präsident Mohammed Mursi entschuldigte sich öffentlich – doch für Entspannung sorgten seine Aussagen nicht: Ägypten werde seine Versorgungssicherheit notfalls «mit allen Mitteln» verteidigen, so Mursi. Man wolle keinen Krieg, aber man halte sich alle Optionen offen.

Der Vorfall macht deutlich, welche grosse Bedeutung der Ressource Wasser im 21. Jahrhundert zukommt. Und er zeigt, was Kooperation zwischen Ländern bewirken kann. 2015 nämlich unterzeichneten die Präsidenten von Äthiopien, Ägypten und dem Sudan ein Abkommen, das die Konstruktion des Renaissance-Dammes gutheisst, solange den betroffenen Ländern kein «erheblicher Schaden» entsteht. Ausserdem wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Auswirkungen des Projekts untersuchen soll. Noch immer gibt es Kontroversen rund um den Bau – doch die Wogen haben sich geglättet. Vier Jahre nach dem Vorfall vom Juni 2013 ist der Damm fast fertiggestellt.

Wichtiger als Erdöl

Der Konflikt um den Renaissance-Damm ist bei weitem kein Einzelfall. Grenzüberschreitende Wasserläufe bergen weltweit grosses Konfliktpotenzial

– doch auch innerhalb von Ländern kann es zu Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen kommen. Landwirte wollen ihre Felder bewässern, Viehzüchter ihre Herden tränken, und in der Industrie und im Energiesektor braucht es Wasser für die Produktion.

Bereits heute haben mehr als eine Milliarde Menschen – vorwiegend in Afrika, Südasien und Lateinamerika – keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Das Bevölkerungswachstum, der Klimawandel und die Umweltverschmutzung akzentuieren diesen Kampf um das blaue Gold zusätzlich. Nach Schätzungen der UNO dürften bis 2025 fast zwei Milliarden Menschen in Regionen mit absoluter Wasserknappheit leben. In Regionen wie dem Nahen Osten oder dem Sahel-Gebiet könnte das Bruttoinlandprodukt in den nächsten 30 Jahren aufgrund wasserbedingter Probleme um bis zu sechs Prozent sinken. In naher Zukunft, so sind sich Experten sicher, wird Wasser geopolitisch eine wichtigere Rolle einnehmen als Erdöl.

«Die globale Wasserkrise ist eines der dringendsten politischen, sozialen und ökologischen Probleme des 21. Jahrhunderts», sagte Aussenminister Didier Burkhalter 2012 vor der UNO-Vollversammlung in New York. Er wies auf die weltweit ungleiche Wasserverteilung sowie die damit verbundenen Gefahren hin und forderte eine umfassende Reaktion der Internationalen Gemeinschaft. «Wasser hat nicht nur einen wirtschaftlichen und einen gesundheitlichen Wert», so Burkhalter, «es ist auch ein wichtiges Element der menschlichen Sicherheit.» Die Schweiz unterstütze deshalb neue Wege der politischen Verhandlungen und der Koordination.

Weit mehr als Brunnen bauen

Burkhalters Auftritt zeigt auf, wie sich das aussenpolitische Engagement der Schweiz verändert hat. Entwicklungsprojekte im Bereich Wasser bedeuten längst nicht mehr nur Brunnen bauen und Trinkwasser verteilen. Wasser und Hygiene sind immer noch wichtige Themen, aber moderne Wasserlösungen beinhalten auch Diplomatie, Forschung oder Kommunikation.

Wie vielfältig diese Herangehensweise sein kann, zeigt sich etwa am Schweizer Engagement im Nahen Osten. Hier ermöglichte die Humanitäre Hilfe in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit dem Globalprogramm Wasser und der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) mehr als 1,5 Millionen Menschen den Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen. So weit, so klassisch. Auf technischer Ebene aber gab die DEZA zusätzlich eine Studie zur Wassersituation und zur Lage der vertriebenen Bevölkerungsgruppen in der Re-

gion des syrischen Orontes-Flussbeckens in Auftrag. Die AMS lancierte derweil ein Projekt zur Verbesserung des Wasserzugangs im Norden des Landes. Und: Auf Ebene der Politik initiierte die Schweiz die «Blue Peace»-Initiative, mit der sich die Wasserkrise der Region zur Chance für die betroffenen Länder wandeln soll (siehe S.15).

Blauer Frieden hat Priorität

Die Schweiz verfolgt eine Vielzahl von Initiativen im Wasserbereich, darunter etwa das Bridge-Pro-



Egyptian presidency/Polaris/keif

Im März 2015 einigten sich die Regierungen von Ägypten, Äthiopien und dem Sudan auf die gemeinsame Bewirtschaftung des Renaissance-Staudamms.

jekt, das zusammen mit der Internationalen Union zur Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen (IUCN) lokale Kapazitäten im Bereich Wassermanagement aufbauen soll. Aktuell besonders im Fokus der Bemühungen steht aber der Blaue Frieden. Neben regionalen Bewegungen wie derjenigen im Nahen Osten hat die Schweiz auch eine globale «Blue-Peace»-Initiative lanciert. Diese widmet sich dem Thema Wasser und Sicherheit auf multilateraler Ebene und besteht aus zwei Teilen: dem Geneva Water Hub, einem Kompetenzzentrum für Wasser und Frieden, das die DEZA während zwei Jahren betreibt; und dem Global High Level Panel on Water and Peace, das aus 15 unabhängigen Expertinnen und Experten aus vier Kontinenten besteht. Im November 2015 lanciert, soll das hochrangige Komitee Vorschläge zur Prävention und Lösung von Wasserkonflikten erarbeiten.

«Die grenzüberschreitende Wasserkooperation ist unsere einzige Chance», schrieb Danilo Türk, Vorsitzender des Globalen Wasser- und Friedensforums, kürzlich in einem Meinungsbeitrag. Er halte es für falsch, wenn Wasser als Erdöl des 21. Jahrhunderts bezeichnet werde, so der ehemalige Prä-

Wasser als Waffe

Wasser kann nicht nur zu Konflikten führen, sondern auch Teil der Kriegsführung sein. Immer wieder kommt es zu Fällen, in denen Konfliktparteien aus strategischen Gründen Teile der Wasserinfrastruktur angreifen, besetzen oder zerstören. Ein Beispiel dafür ist der Ukraine-Konflikt, wo gezielte Attacken auf Energie- und Wassersysteme im Osten des Landes Millionen von Menschen in eine Notlage brachten. Die Zerstörung von Wasserinfrastruktur-Systemen gilt als Verstoß gegen die Genfer Konvention. Im Zusatzprotokoll über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte heisst es: «Es ist verboten, Objekte anzugreifen, die zum Überleben der Zivilbevölkerung unerlässlich sind.» Dazu zählen unter anderem Trinkwasserinstallationen und Bewässerungsanlagen.



Ein Syrer verteilt Wasser im Flüchtlingslager Zaatari im Norden Jordaniens.

Ashley Gilbertson/VII for UNICEF/Reuters/lat

lekar, Präsident der SFG (siehe Interview S.11). Endlich erhalte das Thema Wasser und Sicherheit auch international die Aufmerksamkeit, die es verdiene.

Grosse Hoffnungen setzt Waslekar dabei in das Globale Wasser- und Friedensforum. «Bei erfolgreichem Ausgang könnten die Bemühungen das Leben von mehr als zwei Milliarden Menschen verbessern», sagt er. Sollte es jedoch nicht gelingen, eine globale Wasserverwaltungs-Infrastruktur aufzubauen, müsse man mit Chaos rechnen. Ausgeschöpfte Wasserressourcen führten zu reduzierter Nahrungsmittelproduktion, höherer Nachfrage und letztlich zu einer Explosion der Preise. «Terrorismus, Diktaturen und noch grössere Migrationsströme wären die Folgen», sagt Sundeep Waslekar. «Es steht viel auf dem Spiel.»

Vorschläge für die Zukunft

Im Mai dieses Jahres sind die Vertreter des Globalen Wasser- und Friedensforums zum vierten Mal zusammengekommen. Als Endpunkt ihrer Arbeit der letzten beiden Jahre haben sie in Jordanien konkrete Empfehlungen zur weltweiten Wasserpolitik verabschiedet. Es wird erwartet, dass sich diese im folgenden Rahmen bewegen: Massnahmen, um die Wasserinfrastruktur in von Konflikten betrof-

Oberlauf und Unterlauf

Aktive Kooperation bei grenzüberschreitenden Flüssen kann viele Probleme lösen. Eines aber wird immer bleiben, denn es ist naturgemacht: die Ungleichheit zwischen Ober- und Unteranrainern. Ein Oberanrainer ist ein Staat, auf dessen Gebiet der Oberlauf eines Flusses verläuft. Er hat damit die Kontrolle über das Gewässer. Ein Unteranrainer hingegen liegt näher bei der Mündung des Flusses und bekommt oft die Wasserverschmutzung durch die oberen Staaten zu spüren. Doch nicht nur das: Beschliesst ein Oberanrainer, den Fluss zu stauen, kann das verheerende Konsequenzen für die unteren Staaten haben. Dass ein Oberanrainer diese Vormachtstellung ohne weiteres aufgibt, ist selten. Umso wichtiger sind daher Abkommen, welche die Nutzung von Gewässern über die Grenzen hinaus regeln.

sident Sloweniens. «Denn Erdöl kann man ersetzen. Aber die einzige Alternative zu Wasser ist Wasser.» Weltweit gebe es 286 grenzüberschreitende Flussbecken, die durch fast 150 verschiedene Länder führten. «Solange diese Staaten keine nachhaltige Kooperation im Wassermanagement aufbauen, kann es zu Konflikten kommen», so Türk. «Zusammenarbeit hingegen kann zu Frieden führen.»

Kooperation statt Krieg

«Obwohl Wassermanagement eine grosse Herausforderung darstellt, ist es vor allem eine hervorragende Chance zur Förderung der Zusammenarbeit und des Aufbaus von Vertrauen», schreibt das EDA in seinen Aktionslinien zum Thema Wasser und Sicherheit. «Viele potenzielle Konflikte können dank Vereinbarungen über ein nachhaltiges Wassermanagement vermieden werden.»

Wissenschaftlich gestützt wird diese These von der Strategic Foresight Group, einem kleinen indischen Think Tank mit Sitz in Mumbai. Dessen Mitarbeiter haben 84 grenzüberschreitende Wassermanagement-Organisationen und 205 grenzüberschreitende Flussbecken in 148 Ländern untersucht. Ihre zentralen Erkenntnisse: Länder, die sich aktiv an einer Wasserkoooperation beteiligen, führen keine Kriege gegeneinander. Und: Enge Kooperation kann zu tieferen Militärausgaben und verbesserten Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsschichten führen.

Der indische Think Tank war auch bei der Lancierung des Global High Level Panels on Water and Peace beteiligt. «Die Blue Peace Initiative hat das politische Denken verändert», sagt Sundeep Was-

Konflikte und Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Flussgebieten



Source: Transboundary Freshwater Dispute Database, Department of Geosciences (www.transboundarywaters.orst.edu/database), Oregon State University
Map produced by ZOI Environment Network, March 2017
Global Runoff Data Centre (GRDC) in the Federal Institute of Hydrology (BfG), Germany (<http://grdc.bafg.de>); Shaded relief by Kenneth Townsend

fenen Ländern zu schützen; neue Finanzinstrumente, um die Finanzierung von Wasserkooperationen zu unterstützen; neue Mechanismen der Hydro-Diplomatie, um den betroffenen Ländern bei der Konfliktlösung zu helfen; Massnahmen, um die Verschmutzung länderübergreifender Flüsse zu reduzieren; und Versuche zur Klärung internationalen Rechts, um die Beziehung zwischen flussaufwärts und flussabwärts liegenden Ländern zu klären.

Im September dieses Jahres werden diese Schlussfolgerungen der UNO-Vollversammlung vorgestellt. «Für die Schweizer Bemühungen ist das ein Meilenstein», sagt Noura Kayal, Blue-Peace-Verantwortliche beim Globalprogramm Wasser der DEZA. Denn noch gibt es in der UNO-Architektur keine Struktur, die Konflikte um Wasser entschärft oder die Konfliktbeilegung fördert. «Die Wasserdiplomatie ist zwar nur ein Teil unserer Arbeit im Globalprogramm», so Kayal. «Aber sie hat international eine grosse Strahlkraft.»

Musterbeispiel Westafrika

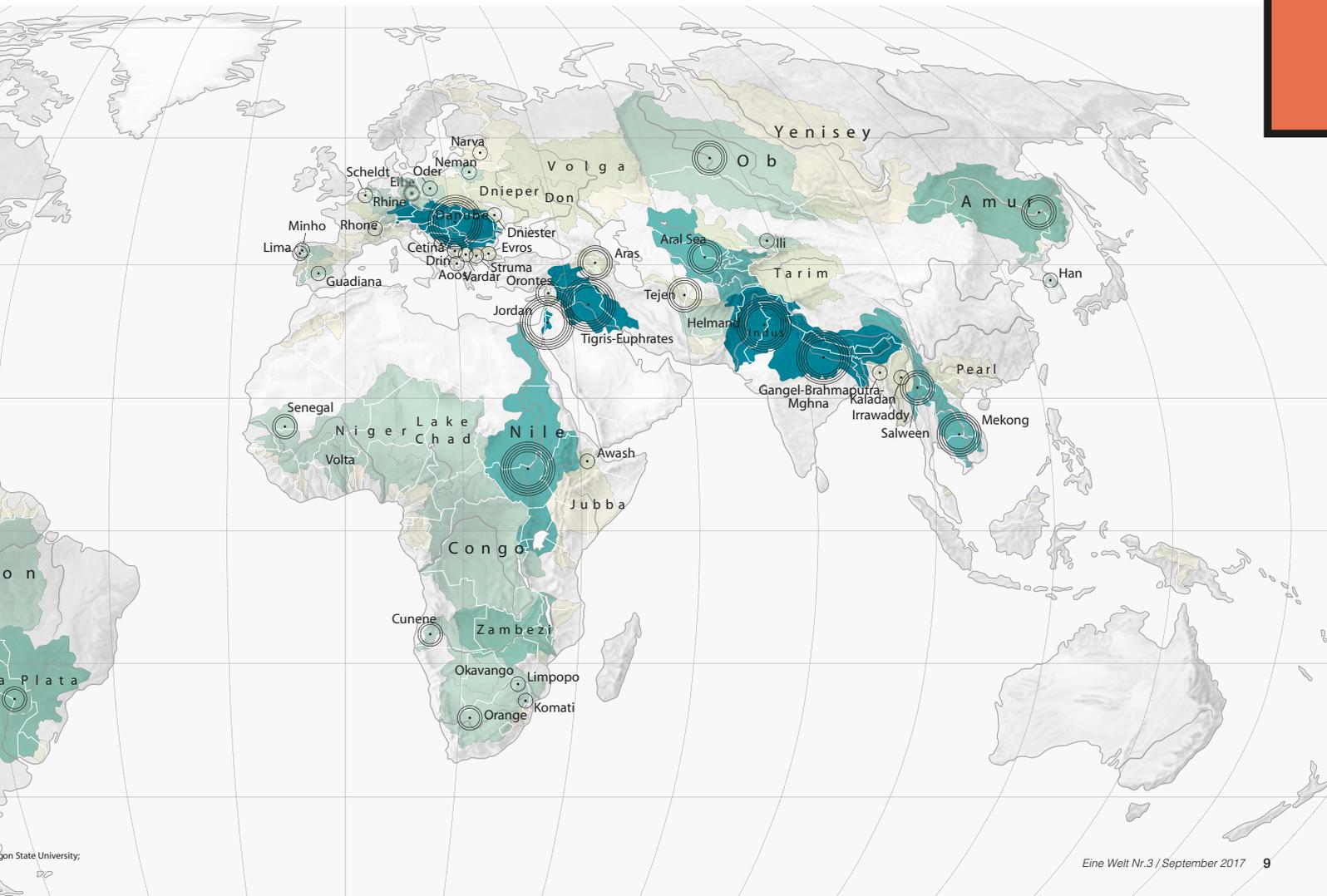
Dass Wasserdiplomatie tatsächlich einiges bewirken kann, zeigt ein Blick nach Westafrika. 2016 reisten die Mitglieder des Globalen Wasser- und Friedensforums nach Dakar und liessen sich vor Ort inspi-



Auf der Suche nach Wasser graben im Jammam-Camp im Südsudan Flüchtlinge verzweifelt nach Wasser.

riren. Ihr Hauptinteresse galt der Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS), die als Musterbeispiel im Bereich Wasserkooperation gilt.

Von Guinea aus fliesst der Senegalfluss nordwärts



durch Mali und bildet dann bis zur Mündung in den Atlantischen Ozean die Grenze zwischen Senegal und Mauretanien. Rund 3,5 Millionen Menschen leben in seinem Einzugsgebiet – das sind fast 20 Prozent der Bevölkerung der vier Länder. Erste Kooperationsversuche zur Flussbewirtschaftung gab es bereits zu Kolonialzeiten, die wohl entscheidendste Phase aber erlebte die Partnerschaft

Gemeinsam vorwärts

Die darauffolgenden Jahre waren reich an kleineren Konflikten und Rückschlägen, insgesamt jedoch wurde die Kooperation zum Erfolgsmodell. Die drei beteiligten Länder profitierten gemeinsam von der Elektrizität, die der Manantali-Staudamm in Mali produzierte; sie entwickelten ihre Wasser-Management-Infrastruktur weiter und verbesserten



Der Senegalfluss gilt als Musterbeispiel im Bereich Wasserkoope- ration: Die gemeinsame Entwicklung des Flusses durch Guinea, Mali, Senegal und Mauretanien führte unter den Nachbarn gar zu besseren Beziehungen.

Schweizer Initiativen

Neben der Blue-Peace-Initiative verantwortet das Globalprogramm Wasser der DEZA eine Vielzahl von Initiativen und Instrumenten. Auf globaler Ebene etwa erarbeitet der Global Hydrometry Support Facility and Innovation Hub zuverlässige hydrologische Daten mit innovativen Mitteln. Die Plattform Earth Security Index soll Entscheidungsträger mit unabhängigen Informationen zur Ressourcenpolitik versorgen. Auf regionaler Ebene erhöht das Bridge-Projekt (Building River Dialogue and Governance) mit Weiterbildungen und Unterstützungsleistungen die Kapazitäten im Wassermanagement. Und die Water and Land Resource Centres sollen in Kenia und Äthiopien die Nutzung und Erarbeitung von hydrologischen und meteorologischen Daten verbessern.

Ende 1960er-Jahre. Die Region litt unter ausbleibendem Regen, die Landwirtschaft kollabierte, viele Menschen flohen vom Land in die Städte. Inmitten einer verheerenden Dürre mussten die vier Länder weitreichende Entscheidungen treffen: Wie reagieren? Gegeneinander oder miteinander in der Krise? Sie entschieden sich für Letzteres. Statt zu Konflikten führte die schwierige Lage zu einer Annäherung der Staaten.

Bereits 1963 hatten die vier Länder das Bamako-Abkommen unterzeichnet, das den Senegalfluss als internationales Gewässer anerkennt und zur Gründung eines gemeinsamen Komitees zur Entwicklung des Flusses führte. Dieses Abkommen legte den Grundstein für die Kooperation in den folgenden Jahren.

Obschon sich Guinea später wegen Unstimmigkeiten mit Senegal aus der Kooperation zurückzog, ging die Zusammenarbeit der anderen drei Länder weiter. 1972 schlossen sich Mali, Mauretanien und Senegal in der OMVS zusammen – und liessen das kooperationsunwillige Guinea mittels Beobachterstatus teilhaben.

die Wasserversorgung. Noch wichtiger aber war, dass die Realisierung der OMVS und gemeinsamer Wasserprojekte zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Nachbarn führten. Auch Guinea blieb davon nicht ausgeschlossen: 2006 kehrte das Land in den Kreis der Kooperationspartner zurück.

Heute werden Kanäle, Dämme, Wasserkraft und Schifffahrt in den vier Ländern gemeinsam verwaltet. Die Weltbank bezeichnet die OMVS als «robuste regionale Organisation, deren finanzielle Stabilität die Entwicklung breit abgestützter Projekte ermöglicht». Trotz geopolitischer Turbulenzen habe sie stets dafür gesorgt, dass alle Mitglieds-länder von der wichtigen Ressource Wasser profitierten.

«In Westafrika haben Staatsführer die Beziehung zwischen Wasser, Frieden und Sicherheit erkannt», sagt Sundeep Waslekar von der Strategic Foresight Group. Neben dem Senegal werde die Wasserkooperation nun auch am Gambia und am Kongo vertieft. «Es passiert etwas – nur leider nicht so schnell, wie ich mir das wünschen würde.» ■

«Ohne Dialog verlieren alle»

Sundeep Waslekar ist Präsident der Strategic Foresight Group, einem indischen Think Tank mit Sitz im Mumbai. Im Interview mit Christian Zeier spricht der Experte für Wasserkooperation über die Bedeutung seines Fachs und die Rolle der Schweiz in der globalen Wasserdiplomatie.



Wassermangel mit konkreten Folgen: Durch das immer spärlicher fliessende Wasser im Jordanfluss wurde dieses israelische Elektrizitätswerk stillgelegt.

Herr Waslekar, hat die Welt verstanden, wie wichtig Trinkwasser ist?

Die Bedeutung von Wasser als Ressource ist längst akzeptiert. Aber wie wichtig Wasser für die globale Sicherheit ist, wurde lange unterschätzt.

Und das ändert sich nun?

Ja, das Thema Wasser und Konflikte steht ganz vorne auf der globalen Agenda. Im November 2016 fand im UNO-Sicherheitsrat die erste Debatte zum Thema Wasser, Frieden und Sicherheit überhaupt statt. Dass die UNO die Bedeutung des Themas anerkannt hat, ist historisch.

Länder, die im Wasserbereich kooperieren, führen keine Kriege gegeneinander. Mit dieser Erkenntnis hat sich Ihre Strategic Foresight Group einen Namen gemacht...

Lassen Sie mich präzisieren. Wir unterscheiden zwischen grundsätzlicher und aktiver Kooperation. Wenn zwei Länder nur auf technischer Ebene kooperieren, beim Management der Wasserressourcen etwa, dann kann es durchaus zu Konflikten kom-

men. Wenn aber eine aktive Kooperation besteht, auf politischer Ebene, dann führt das zu Frieden.

Viele der Konflikte finden innerstaatlich statt. Kann Wasserkooperation auch hier eine Rolle spielen?

Wir haben die diplomatischen Mechanismen zwischen zwei Staaten untersucht. Bei innerstaatlichen Konflikten kommen andere Mechanismen zum Tragen. Dazu haben wir keine Erkenntnisse.

Sie haben unter anderem mit der Schweiz die «Blue Peace»-Initiative initiiert. Was sind konkrete Erfolge?

Zum Beispiel die Blue-Peace-Community im Nahen Osten. Wir haben einen Dialog über Wasserkooperation mit rund 200 Entscheidungsträgern der verschiedenen Länder angestossen. In dieser instabilen Region ist die Community mittlerweile die einzige lebendige Dialogplattform zwischen Irak, Jordanien, dem Libanon und der Türkei. Und wir haben auch zu den bilateralen Verhandlungen zwischen Israel und Palästina sowie dem Irak und der



Sundeep Waslekar ist ein international anerkannter Spezialist für Konfliktlösung und Regierungsführung. Unter seiner Leitung hat der Think Tank Strategic Foresight Group mit Sitz in Mumbai, Indien, mit 50 Ländern auf vier Kontinenten zusammengearbeitet. Waslekars Ideen und Inputs wurden unter anderem im EU-Parlament, im indischen Parlament, in verschiedenen Foren der UNO oder an der WEF-Jahrestagung in Davos besprochen. Seit 2014 ist er zudem wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for the Resolution of Intractable Conflicts des Harris Manchester Colleges der Oxford-Universität.

Türkei beigetragen. Letztere wollen nun gemeinsame Dämme bauen und den Informationsaustausch intensivieren. Das alles gab es nicht zu Beginn der Initiative.

Gerade in Regionen wie dem Nahen Osten ist Wasser auch ein politisches Druckmittel.



Luke Dugdaley/Reuters/lat

200 der weltweit 286 grenzüberschreitenden Flussbecken, unter ihnen dasjenige des Mekong, liegen in Entwicklungsländern.

Wie überzeugt man da Politiker, Kooperationen einzugehen?

Man muss Gespräche zwischen den Entscheidungsträgern ermöglichen. Bei der Türkei und dem Irak etwa war der Widerstand zu Beginn gross. Doch durch die Treffen ist ein Dialog entstanden, und man begann, sich zu verstehen. Aber es gibt auch Grenzen. Wenn man etwa auf einen Führer wie Assad trifft, kann man nichts tun. Syrien wollte schon vor dem Bürgerkrieg nichts von einem Dialog wissen.

Auf globaler Ebene wollen Sie mit dem High Level Panel on Water and Peace eine weltweite Infrastruktur für Wasserkooperation aufbauen. Gemäss Ihren Aussagen lasse sich damit das Leben von 2,3 Milliarden Menschen verbessern. Wie genau?

Von einer globalen Architektur für Wasser und Frieden würden vor allem die Menschen in Lateinamerika, Asien oder Afrika profitieren. 200 der weltweit 286 grenzüberschreitenden Flussbecken liegen in Entwicklungsländern. In deren Einzugsgebiet leben mehr als zwei Milliarden Menschen.

Durch intensivere Kooperation und mehr Stabilität wird ihr Leben verbessert.

Wasserkooperationen funktionieren vor allem regional. Diejenige am Senegalfluss zum Beispiel gilt als Erfolg. Wozu braucht es da eine globale Struktur?

Das Hauptargument für einen globalen Mechanismus ist, dass diese die regionalen Wasserkooperationen unterstützen kann. Als erstes muss in einer Region der politische Wille zur Kooperation vorhanden sein. Dann braucht es diplomatische und finanzielle Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft. Der Senegalfluss ist ein gutes Beispiel dafür: Hier begann die Zusammenarbeit regional und wurde dann von internationalen Geldgebern unterstützt.

Was passiert, wenn die Idee der globalen Wasserkooperation scheitert?

Das extremste Beispiel dafür sehen wir gerade im Nahen Osten. Während Jahren hätten die Länder die Möglichkeit gehabt, die Kooperation im Wasserbereich zu intensivieren. Doch sie taten es nicht. Sie dachten, das Wasser sei zu wertvoll, zu wichtig für ihre Sicherheit. Nun kontrollieren vielerorts nicht-staatliche Gruppierungen oder Terroristen die Wasserinfrastruktur. Die Staaten haben dabei alle verloren.

Das Global High Level Panel wird seinen Bericht im September den Vereinten Nationen vorstellen. Wird die Initiative zu einem weiteren Arm der bürokratischen UNO?

Die 15 beteiligten Länder haben die Initiative bewusst ausserhalb der UNO lanciert, um sie weniger bürokratisch zu halten. So konnten sie etwas mutiger und kreativer sein. Aber natürlich hat die UNO viel mehr Möglichkeiten bei der Umsetzung. Deshalb werden die Empfehlungen den Vereinten Nationen präsentiert, und dann muss sich zeigen, inwiefern sie sich durch bestehende Strukturen umsetzen lassen.

Welche Rolle kann ein kleines Land wie die Schweiz in der globalen Wasserdiplomatie spielen?

Die Schweiz wird für ihre Neutralität geschätzt. Aber auch ihre Innovationskraft ist aussergewöhnlich – im technischen sowie im gesellschaftlichen Bereich. Das politische System etwa hat Vorbildcharakter. Seine grundlegenden Prinzipien, nämlich Dialog und Inklusion, können weltweit angewendet werden. Solange die politischen Führer der Schweiz das verstehen, kann das Land eine grosse Rolle spielen. ■

Auf Vertrauenssuche nach dem Kollaps

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kollabierte in Zentralasien auch der staatliche Wassersektor. Während die betroffenen Staaten nach neuen Lösungen suchen, investiert die Schweiz in Forschung und Dialog.



Alain Schroeber/hemis/afp

Die beiden Nachbarländer Tadschikistan und Kirgisistan sind auch dank dem Oberlauf des Syrdarja-Flusses zwar wasserreiche, jedoch energiearme Länder.

(cz) Zentralasien ist ein Sonderfall der Wasserkooperation. Nicht mangelnde grenzüberschreitende Strukturen führen hier zu Konfliktpotenzial, sondern bereits bestehende. Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan gehörten einst zur Sowjetunion und waren damit Teil einer regional integrierten Wasserinfrastruktur. Mit dem Kollaps der UdSSR aber brach der staatliche Wassersektor zusammen. Während Jahren wurde kaum Geld investiert, Personal wanderte ab, es begann der Verfall der Einrichtungen. So stehen sich heute zwei wasserreiche, aber energiearme Länder – Kirgisistan und Tadschikistan – und drei wasserarme aber energiereiche Nationen – Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan – gegenüber.

«Durch das Bevölkerungswachstum und die steigende Nachfrage nach Wasser wird die Region zunehmend zum Krisenherd», schreibt das Center for Security Studies der ETH Zürich. Dass sich solche Spannungsfelder etwa durch Migrationsbewegungen auch auf ferne Länder auswirken können, stellte bereits 2008 die damalige Aussenministerin Micheline Calmy-Rey an der Jahres-

konferenz der Ostzusammenarbeit fest. Man wolle die zentralasiatischen Staaten daher bei der Bewältigung ihrer Konflikte rund um die Ressource Wasser unterstützen.

Fokus auf Dialog

Im Rahmen des Regionalprogramms unterstützt die Schweiz Reformen im Bereich des grenzüberschreitenden Wassermanagements, verbessert die Effizienz der Wasserbewirtschaftung und fördert den Dialog zwischen den Beteiligten. Nach Besuchen von Bundespräsident Didier Burkhalter in allen fünf Staaten Zentralasiens kamen 2014 Abgeordnete der Staaten bei einer Konferenz in Basel zusammen. Man einigte sich auf das Ziel, eine regionale, hochrangige Dialogstruktur aufzubauen. Inspiriert durch das Schweizer Projekt im Nahen Osten (siehe S.15) wurde die «Blue Peace»-Initiative Zentralasien lanciert. Ziel ist die Etablierung einer regionalen, hochrangigen Dialogstruktur im Wassersektor. Zudem will die DEZA das Management in grenzüberschreitenden Wasserbecken verbessern und Wasserexperten der neuen Generation fördern.

Export ohne Demokratie

Die Wirtschaft Zentralasiens ist stark vom Export von Rohstoffen abhängig. Die Exportwirtschaft Kasachstans etwa besteht zu gut zwei Dritteln aus der Ausfuhr von Erdöl, Erdgas, Kohle und Metallen. Die Nachbarländer verkaufen zudem grosse Mengen an Gold, Baumwolle oder Primäraluminium ins Ausland. In der ganzen Region ist Armut weit verbreitet. Weil Perspektiven und Investitionen in die Infrastruktur fehlen, wandern viele Arbeitskräfte nach Russland ab. Zwar sind die Länder, die 1991 aus dem Kollaps der Sowjetunion hervorgingen, kulturell heterogen. Ähnlich sind sie sich aber in ihren politischen Systemen. Während im Mehrparteiensystem Kirgisistans zumindest halbfreie Wahlen möglich sind, hat es in den anderen Ländern in den letzten 25 Jahren keine regulären Machtwechsel gegeben.

2016 organisierte Kasachstan mit Unterstützung der Schweiz eine wissenschaftliche Konferenz zu den zentralasiatischen Wasserressourcen und deren Nutzung, an der hochrangige Delegierte aus Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan teilnahmen.

Im Mai dieses Jahres fand im Rahmen der Weltausstellung in Astana eine weitere Konferenz zum Thema Wasserressourcen-Management statt. Unter anderem wurden dabei erste Resultate einer Studie präsentiert, welche die Schweiz in Auftrag gegeben hat. Indem sie aufzeigt, weshalb die Wasserkoooperation in Zentralasien nicht wie gewünscht funktioniert und welche Kosten den Ländern dadurch entstehen, soll die Untersuchung einen entscheidenden Beitrag zur grenzüberschreitenden Kooperation im Wassersektor leisten.

Kooperation ohne Kapazitäten

«Das Hauptproblem in Zentralasien ist nicht, dass die Länder nicht wüssten, dass Kooperation ihnen Vorteile bringen kann», sagt Benjamin Pohl, der die Untersuchung für das deutsche Forschungsinstitut Adelphi begleitet hat. Vielmehr hätten die Länder nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihren Fokus erst einmal auf die Absicherung der nationalen Macht gelegt. Dadurch lasse sich die vorhandene Infrastruktur, die für eine integrierte Bewirtschaftung erbaut wurde, nicht mehr effizient nutzen.

Am Fluss Syrdarja etwa habe man die Wassernutzung zu Zeiten der Sowjetunion zentral geplant. Somit konnte auf die Bedürfnisse der Unterrainer eingegangen werden, die aufgrund ihrer Lage von den Aktivitäten der Oberanrainer abhängig sind. Nach dem Zusammenbruch sei versucht worden, die Abhängigkeiten durch Abkommen zu regeln. So hätten etwa Usbekistan und Kasachstan den oberen Ländern im Winter Strom verkaufen sollen, während diese im Gegenzug dafür gesorgt hätten, dass die unteren genug Wasser erhalten. «Die Idee war richtig, doch der Deal hat nicht funktioniert», sagt Benjamin Pohl. Beide Seiten seien den Verpflichtungen nicht zuletzt aufgrund von Kapazitätsengpässen nicht nachgekommen. «Das hat zu einem Vertrauensproblem zwischen den Ländern geführt. Bekommt man das nicht in den Griff, kommt es zu grenzüberschreitenden Problemen.»

Positive Tendenzen

Die heutige Lage ist laut Pohl durch eine geringe Wassernutzungseffizienz, teilweise widerstreitende Ansprüche, starke Abhängigkeiten und die Priorisierung nationaler Projekte geprägt. «Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, werden Kosten und



Tony Wellham/robertshard/istat

Kasachstan und Usbekistan als Anrainer des austrocknenden Aralsees kämpfen gegen schwindende Wasserressourcen, besitzen jedoch grosse Energiressourcen.

Risiken für die Länder immer grösser», sagt der Forscher. Fehlende Kooperation könne kombiniert mit anderen Faktoren schlimmstenfalls zu Konflikten zwischen den Ländern oder zum Zerfall einzelner Staaten führen.

Es gebe aber auch Lichtblicke in der Region. Einerseits hätten die Länder bislang grössere Konflikte vermeiden können. Andererseits seien positive Tendenzen auszumachen. «Es gab immer wieder vielversprechende Ansätze zu engeren Kooperationen – vergangenes Jahr auch auf höchster politischer Ebene», sagt Benjamin Pohl. Dass diese Zusammenarbeit nicht zwingend auf höchster regionaler Ebene stattfinden muss, ist eine der Schlussfolgerungen der Studie. «Die technische und administrative Zusammenarbeit auf lokaler und bilateraler Ebene kann ein Anfang sein», so Pohl. «Durch das gewonnene Vertrauen lassen sich dann auch die regionalen Institutionen verbessern.» ■

Wasserkrise im Nahen Osten

Kaum eine Region wurde in den letzten Jahren so stark von Konflikten geprägt wie der Nahe Osten. Die Ressource Wasser ist hier gleichzeitig eine gewaltige Herausforderung und eine Chance zur Kooperation. Deshalb hat die Schweiz die «Blue Peace»-Initiative Naher Osten lanciert.



Umkämpft wie kaum ein anderes Gewässer: Das Tote Meer und sein Zufluss, der Jordan-Fluss, führen seit Jahren immer weniger Wasser.

(cz) Das Tote Meer stirbt langsam. Jährlich weicht seine Küstenlinie um anderthalb Meter zurück. In den letzten 60 Jahren hat sich der Zufluss über den Jordan auf nur mehr ein Zehntel reduziert. Das liegt zum einen an Israel, das seine Trinkwasserversorgung hauptsächlich aus dem Fluss speist. Doch auch die anderen Anrainerstaaten – Libanon, Syrien und Jordanien – erheben Anspruch auf ihren Anteil. Missmanagement bei der Wassernutzung macht aus einer knappen Ressource ein massives Problem: Der Nahe Osten steckt in einer Wasserkrise.

Eine Rangliste des Weltressourceninstituts WRI, eines unabhängigen US-amerikanischen Think Tanks mit Sitz in Washington, platziert Palästina, Israel, Iran, Libanon und Jordanien unter den 15 Ländern, die bis ins Jahr 2040 am stärksten von Wassermangel betroffen sein werden. In einer ohnehin unruhigen Region, so die Einschätzung des WRI, berge diese Entwicklung zusätzliches Konfliktpotenzial.

Zwölf Billionen Dollar verloren

Bereits 2008 hat die Strategic Foresight Group (SFG) auf Initiative der Schweiz eine Studie über den Preis der Konflikte im Nahen Osten veröffentlicht. Zum ersten Mal liess sich schwarz auf weiss nachlesen, was die Konflikte die betroffenen Länder in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht gekostet haben. Wäre nach 1991 Frieden eingekehrt, so das Fazit der Strategic Foresight Group, wäre die Region knapp zwanzig Jahre später um zwölf Billionen Dollar reicher gewesen. Und: Künftige Konflikte könnten aufgrund der Wasserknappheit sogar noch verheerender ausfallen.

Auf dieser Basis lancierte die DEZA zusammen mit der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA die «Blue Peace»-Initiative im Nahen Osten. Die Schweiz finanzierte eine zweite Studie der SFG, in der zehn kurz-, mittel- und langfristige Empfehlungen formuliert wurden, wie die Wasserkrise im Nahen Osten zu bewältigen sei. «Es gab

Wasserkrieg in Syrien?

Ob es reine Wasserkriege gibt oder je geben wird, ist umstritten. Klar ist, dass Wasser immer öfter eine tragende Rolle bei inner- wie auch ausserstaatlichen Konflikten spielt. Eindrückliches Beispiel dafür ist der Bürgerkrieg in Syrien. Zwischen 2005 und 2010 trieb eine umfassende Dürre mehr als eine Million Bauerfamilien in den Ruin. Hunderttausende verloren ihre Existenz und mussten in die urbanen Zentren fliehen, um zu überleben. Auch aus dieser Katastrophe heraus formierten sich die Proteste gegen die syrische Regierung, die letztlich in den Bürgerkrieg mündeten. Präsident Bashar al-Assad hatte die Subventionen für Lebensmittel und Brennstoffe gekürzt und damit die Not der Geflüchteten zusätzlich verschärft.



Yuri Kozayev/lat

Hoffnungsschimmer der bilateralen Zusammenarbeit: Die Türkei und der Irak haben ihre Zusammenarbeit zur Nutzung der Wasserressourcen des Tigris intensiviert.

schon früher Wasserkooperationen in der Region», sagt Mario Carera, der die Initiative erst als AMS-Mitarbeiter und dann als externer Berater begleitete. «Neu war, dass wir eine Kooperation nicht nur auf technischer, sondern auch auf politischer Ebene anstrebten.»

Dementsprechend wurden zwei Hauptziele formuliert: einerseits die Etablierung eines regionalen, hochrangigen Kooperationsrats für Wasser, der eine gemeinsame Vision und konkrete Instrumente zu deren Umsetzung entwickelt. Andererseits die Sensibilisierung und konkrete Unterstützung verschiedener Akteure im Feld. Ursprünglich waren sieben Länder an der Initiative beteiligt: die Türkei, der Libanon, Syrien, Jordanien, der Irak, Israel und Palästina. Die beiden Letzteren jedoch wurden wegen des ungelösten Nahostkonflikts schon bald ausgeklammert. In Syrien wurden die Aktivitäten aufgrund des Bürgerkriegs auf ein Minimum reduziert.

Erfolge und Rückschläge

Sieben Jahre nach der Lancierung der «Blue Peace»-Initiative ist die Zwischenbilanz durchgezogen. Durch die Publikation von mehr als 500 Medienbeiträgen zum Thema konnten viele Menschen in der Region erreicht und für die Notwendigkeit der Wasserkooperation sensibilisiert werden. Bei der Zusammenarbeit am Orontes-Flussbecken wurden Fortschritte erzielt. Zudem wurde durch länderübergreifende Treffen von Experten, Politikern und Medienschaffenden die Basis für die Blue-Peace-Community gelegt.

Das Hauptziel aber, der Kooperationsrat auf höchster politischer Ebene, ist noch nicht erreicht. «Die Konflikte in der Region haben den Fortschritt verzögert», sagt Mario Carera. «Aber wir halten an un-

serem Ziel fest. Ohne eine überregionale Struktur zur Führung der Kooperation ist die Gefahr gross, dass es bei Diskussionen bleibt.» Carera betont, dass durch die Treffen im Rahmen der Blue-Peace-Community eine gemeinsame und positive Kultur entstanden sei. Zudem gäbe es Hoffnungsschimmer in der bilateralen Zusammenarbeit. Wasserexperten aus Israel und Palästina hätten den Dialog wiederaufgenommen. Die Türkei und der Irak haben ihre Zusammenarbeit am Tigris intensiviert.

Wasser als politisches Druckmittel

Bis Ende 2018 läuft nun die dritte Phase des DEZA- und AMS-Projekts. Neben dem Etablieren des überregionalen Kooperationsrats für Wasser geht es nun auch um die Umsetzung konkreter Projekte in den Flussbecken des Tigris und des Yarmuk. Die Ziele sind ambitiös, die Schwierigkeiten werden dieselben bleiben.

«Wir haben es mit Ländern zu tun, die grossen Wert auf ihre Souveränität legen», sagt Mario Carera. Wasser werde in der Region oft als politisches Druckmittel benutzt. «Das erschwert die Etablierung einer staatenübergreifenden Kooperation.» Zudem sei es das geringere Problem, sich im Rahmen eines Meetings auf eine Lösung zu einigen, so Carera. Die Lösung danach in die Politik der einzelnen Länder zu tragen, sei eine deutlich grössere Herausforderung.

Helfen können dabei gute Beispiele aus anderen Regionen – die Kooperation am Senegalfluss zum Beispiel (siehe S.9). «Das zeigt den Akteuren, dass alle von einer regionalen Kooperation profitieren können», sagt Mario Carera. Da tauche schon hin und wieder die Frage auf: Wenn die in Westafrika es schaffen können, wieso wir nicht? ■

Engagement im Nahen Osten

Das Engagement der DEZA im Nahen Osten konzentriert sich vornehmlich auf die Länder Syrien, Libanon, Jordanien und Irak. Allein in Syrien sind mehr als 13 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Auch die Nachbarländer, die viele Geflohene aufgenommen haben, tragen eine grosse Last der Krise. Hauptziel der Schweiz ist es, zu sicheren Lebensbedingungen für konfliktbetroffene und vulnerable Menschen beizutragen sowie Konflikte zu lösen und zu verhindern. Dazu leistet die Schweiz Geld- und Sachbeiträge für humanitäre und Entwicklungsorganisationen, setzt eigene Projekte um, entsendet technische Experten des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) und fördert die internationale Koordination und humanitäre Diplomatie.

Facts & Figures

2,7 Milliarden

Menschen leiden während mindestens einem Monat pro Jahr an Wasserknappheit.



Brendan Bannom/Polars/iaif

97 Prozent

des Wassers auf der Erde ist Salzwasser und damit nicht trinkbar. Von den übrigen 3 Prozent sind 2,5 Prozent gefroren, in Gletschern, der Arktis oder Antarktis. Der Menschheit stehen also nur 0,5 Prozent als Trinkwasser zur Verfügung.



Mad Soborn/iaif

10 Millionen km³

und damit der mit Abstand grösste Teil des weltweit verfügbaren Trinkwassers findet sich im Grundwasser. Danach folgen Regenfall auf Land (119000), natürliche Seen (91000), Reservoirs (5000) und Flüsse (2120).



Sven Torinn/iaif

Weitere Schlüsselzahlen

- Bis im Jahr 2050 könnten 4 Milliarden Menschen in von Wasserknappheit betroffenen Gegenden leben.
- Weltweit werden nur 8 Prozent des Trinkwassers in Privathaushalten verbraucht. 22 Prozent gehen an die Industrie und ganze 70 Prozent an die Landwirtschaft. Je höher das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes ist, desto mehr Trinkwasser verbraucht es in der Industrie. Während ärmere Länder teils nur 10 Prozent des Wassers für die Produktion aufwenden, sind es bei reicheren Staaten bis zu 60 Prozent.
- Das Globalprogramm Wasser der DEZA koordiniert fast 40 Programme, Projekte und Initiativen auf bi- und multi-lateraler Ebene.
- 327,7 Millionen Franken hat die DEZA von 2013 bis 2016 in den Bereich Wasser investiert.

heisst es im Report. Es fehle zudem an Möglichkeiten, darauf zu reagieren. 60 Prozent der grenzübergreifenden Gewässer hätten keine Infrastruktur zur Kooperation.

Quellen und Links

- Facts and Trends, UN Water, www.unwater.org
- Water for People, Water for Life, United Nations World Water Development Report, UNESCO, <http://unesdoc.unesco.org>
- Global Risks Report des WEF 2017, <http://reports.weforum.org> (Global Risks)
- The World's Water, Pacific Institute, www.worldwater.org

Wasserkonflikte

Im Rahmen des Global Risks Report des Weltwirtschaftsforums WEF stellen jedes Jahr hunderte Expertinnen und Experten eine Rangliste der grössten Risiken für die Welt auf. Und jedes Jahr seit 2012 sind Wasserkrisen ganz vorne mit dabei. «Die Spannungen zwischen ländlichen und städtischen sowie zwischen ärmeren und reicheren Gebieten werden zunehmen»,

Zitat

«Das Risiko eines Wasserkonflikts nimmt zu: wegen zunehmendem Wettbewerb, wegen schlechter Verwaltung und wegen den Folgen des Klimawandels.»

Peter Gleick, Umweltwissenschaftler und Präsident des amerikanischen Pacific Institute

Ein gespaltenes Land steht still

Jungen Menschen in Bosnien und Herzegowina fehlen die Perspektiven. Die Gründe dafür sind eine horrende Arbeitslosigkeit, ethnische Spannungen und längst überfällige Reformen. Viele kehren deswegen ihrer Heimat den Rücken und emigrieren, wenige bleiben bewusst oder kehren gar aus dem Ausland zurück. Von Dirk Auer, Sarajevo.



Rumhängen am Stadtrand der Hauptstadt Sarajevo: Unter den Jugendlichen des südosteuropäischen Staates beträgt die Arbeitslosigkeit 70 Prozent.

Kompliziertes Regierungssystem

Der Vertrag von Dayton, mit dem 1995 der Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet werden konnte, war mehr als ein blosser Friedensschluss. Mit ihm gaben die internationalen Vermittler auch den Aufbau des künftigen Staates vor. Was auf dem Papier gut klingt – Dezentralisierung und die Teilung der Macht zwischen den ethnischen Gruppen – hat auf gesamtstaatlicher Ebene zu dem wohl kompliziertesten Regierungssystem der Welt geführt: mit drei Präsidenten, zwei Entitäten, 14 Kantonen, 16 Regierungen und über 160 Ministern. Das ist nicht nur absurd und teuer – durch die strenge ethnische Quotierung auf allen Ebenen und Vetorechte der jeweiligen Volksgruppen hat die bosnische Verfassung die ethnischen Gegensätze praktisch institutionalisiert. Das wiederum spielt den nationalistischen Parteien in die Hände, die die politische Landschaft bis heute bestimmen.

In Bosnien und Herzegowina können sich Grenzen manchmal sogar quer durch ein Gebäude ziehen. Das Gymnasium der zentralbosnischen Stadt Travnik ist so ein Fall: Der rechte Teil ist himmelblau gestrichen und renoviert. Die linke Seite ist gelb, der Putz fällt herab, und das Erdgeschoss ist mit Graffiti vollgeschmiert. «Aber das Schlimmste ist das da», sagt Jasmin Alibegović und zeigt auf einen Zaun, der auch noch die beiden Schulhöfe voneinander trennt.

«Zwei Schulen unter einem Dach» heisst das Konzept. Aber was sich so gemeinschaftlich anhört, dient tatsächlich der Trennung: Im linken Gebäudeteil, dem heruntergekommenen, lernen die Kinder der muslimischen Bosniaken, im rechten die katholischen Kroaten. Es gibt zwei Eingänge, zwei Lehrpläne, mit denen die Gruppen jeweils ihre eigene Interpretation von nationaler Identität und Geschichte pflegen. Der Unterricht beginnt zu verschiedenen Zeiten, und auch die Pausen liegen versetzt zueinander.

Jasmin Alibegović hält davon überhaupt nichts.

Äusserlich seien Bosniaken und Kroaten doch gar nicht voneinander zu unterscheiden, und auch die Sprachen sind praktisch identisch. Den 18-Jährigen stört es generell, dass sich die meisten Bürger Bosniens und Herzegowinas zuerst als Bosniaken, Serben oder Kroaten bezeichnen. In einem Café sitzend, legt er bei einem Glas Limonade seinen Arm um seinen Freund Vedran Škobić. «Ich verstehe nicht», sagt er zu ihm, «warum Du Dich als Kroatie definierst, nur weil Du katholisch bist. Wir sind doch alle Bosnier.» Vedran lacht. «Ganz so einfach ist es nicht», sagt er.

Drei Völker, drei Sprachen

Einfach ist es wirklich nicht in Bosnien und Herzegowina. Die Trennungen sind Folge des Krieges, in dem etwa 100 000 Menschen ums Leben kamen und mehr als die Hälfte der Bevölkerung vertrieben wurde. Das ist zwar über 20 Jahre her, doch seitdem ist das Land entlang ethnischer Linien gespalten. Laut Verfassung existieren drei konstitutive Völker in Bosnien und Herzegowina, entspre-

chend auch drei Sprachen: Bosnisch, Kroatisch und Serbisch. Und jedes Volk hat das Recht, in der eigenen Sprache unterrichtet zu werden. Die bosniakische Bevölkerungsmehrheit lebt zusammen mit den Kroaten in der «Föderation Bosnien und Herzegowina», die Serben in der «Republika Srpska». Jasmin hat keine Lust, diesen ganzen Identitätszirkus mitzumachen. Als ob es nicht genug andere Probleme gibt, sagt er. Die horrende Arbeitslosigkeit zum Beispiel, die offiziell bei fast 50 Prozent

Rückkehrerinnen ist Ines Tanović. Die zierliche junge Frau sitzt in einem Café in Sarajevo und bestellt sich einen Espresso. Ursprünglich ist sie aus Mostar und hat Kunstgeschichte in Budapest und Zagreb studiert. Dann ist sie nach Bosnien zurückgekehrt, um für die Presseabteilung des Sarajevo Film Festival zu arbeiten. «Am Anfang lebte ich wie in einer Blase», erzählt sie, «in meinem eigenen Mikrokosmos, in dem ich die Realität um mich herum einfach negiert habe.»



Drei Völker, drei Sprachen, drei Regierungen: Bosnien und Herzegowina besitzt eines der kompliziertesten Regierungssysteme der Welt.

liegt; die Jugendarbeitslosigkeit soll sogar 70 Prozent betragen. Aber selbst wer Arbeit hat, kommt oft kaum über die Runden. Das Durchschnittseinkommen beträgt 400 Euro. Dazu kommt eine alltägliche Korruption auf allen Ebenen, Klientelismus und Vetternwirtschaft.

Wenige, die zurückkehren

Kein Wunder, dass deshalb viele junge Menschen oft nur noch einen Ausweg sehen: das Land zu verlassen. Zehntausende sind es jedes Jahr – bei einer Einwohnerzahl von etwa 3,5 Millionen. Dabei sind es vor allem die gut Ausgebildeten, die eine bessere Zukunft im Ausland suchen. Unter ihnen werden bald auch Jasmin und Vedran sein. Gemeinsam besuchen sie eine weiterführende medizinische Schule in Travnik. Denn sie wissen: Medizinisches Fachpersonal wird gesucht in Westeuropa. Die Hoffnung, dass die Emigrierenden irgendwann wieder zurückkommen und ihre Erfahrungen in der Heimat einbringen, hat sich für Bosnien und Herzegowina bislang nicht erfüllt. Eine der wenigen

Zumindest in der Hauptstadt des Landes ist das auch ganz gut möglich. Die osmanische Altstadt von Sarajevo ist längst schon wieder ein Touristenmagnet, in der sich in den Gassen kleine Handwerkerläden und Cafés aneinanderreihen. Es gibt eine quirlige Kulturszene, und auch sonst erinnert rein äußerlich kaum noch etwas an die dreijährige Belagerung der Stadt im Krieg. Wenn Ines von der allgegenwärtigen Zerstörung spricht, meint sie deshalb auch gar nicht unbedingt die Spuren der Granateinschläge an den Hauswänden, wie man sie vor allem in den Aussenbezirken immer noch sehen kann. Viel nachhaltiger sei das, was der Krieg mit den Menschen gemacht hat. Überall herrsche eine grosse Apathie, sagt Ines.

Proteste ändern nichts

Doch dann sollte etwas passieren, das niemand auf der Rechnung gehabt hatte. Wie aus dem Nichts entlud sich vor drei Jahren der lange aufgestaute Volkszorn plötzlich auf der Strasse. Begonnen hatte alles in Tuzla, einer ehemals prosperierenden In-

Bosnien und Herzegowina in Kürze

Hauptstadt

Sarajevo

Fläche

51 197 km²

Bevölkerung

3,5 Millionen

Lebenserwartung

76 Jahre

Ethnien und Religionen

Bosniaken 50,1% (Muslime)
Serben 30,8% (Serbisch-Orthodoxe)
Kroaten 15,4% (Katholiken)

Exportprodukte

Metalle und Metallprodukte, Textilien, Mineralien sowie Holz und Möbel.

Wirtschaftszweige

Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind der Energiesektor und die Metallverarbeitung. Auch die Landwirtschaft ist nach wie vor von Bedeutung, durch den etwa 9% des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet werden. Darüber hinaus wird das Land in hohem Mass durch ausländische Transferzahlungen unterstützt (2015: mehr als 15% des BIP).





Ziyah Garic/NIT/Redux/laif

Brennende Regierungsgebäude in Sarajevo: Wie aus dem Nichts entlud sich im Februar 2014 der lange aufgestaute Volkszorn auf der Strasse.

dustriestadt, wo heute mehr als die Hälfte der Menschen arbeitslos ist. Wochenlang hatten sich die Arbeiter der Reinigungsmittelfabrik Dita erfolglos vor dem Sitz der Kantonsregierung versammelt, um ein Gespräch mit den Verantwortlichen zu erzwingen. Bis sie plötzlich Unterstützung bekamen: von anderen Arbeitern und Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentnern, Studierenden und Kriegsinvaliden; zu Tausenden waren sie auf der Strasse, dann wurde das Regierungsgebäude gestürmt und in Brand gesetzt. Es war der Auftakt zu einer tagelangen Protestwelle, die sich auf fast alle grösseren Städte Bosniens ausbreitete.

Ines erinnert sich, wie elektrisiert sie damals war. Endlich gab es Menschen, die gegen etwas aufstehen. «Wir haben gesehen, wie ungeduldig die Leute sind, dass sich endlich etwas ändert, wie sie voller Zorn waren.» Und es war das erste Mal, dass sich ein Protest ohne jeglichen Nationalismus äusserte. «Der Aufstand hatte von Anfang an eine soziale Botschaft», sagt Ines. Tatsächlich leiden unter Armut und Arbeitslosigkeit Bosniaken, Serben und Kroaten gleichermassen. «Wir sind hungrig, auf allen drei Sprachen», lautete einer der Slogans. Von einem demokratischen Aufbruch in Bosnien war die Rede, von einem «Bosnischen Frühling» gar.

Doch irgendwann schiefen die Proteste wieder ein. Die Wahlen, ein halbes Jahr später, brachten wieder genau dieselben Parteien und Köpfe an die Macht, und die Menschen fielen wieder zurück in ihre alte Stimmung: in Apathie und Pessimismus. «Jetzt herrscht wieder Stabilität», sagt Ines zynisch. Und das sei doch das, was den europäischen Politikern am wichtigsten ist. Für Ines liegt aber genau darin das Problem: Dass alles so stabil ist, dass sich nichts ändert.

Dringend nötige Reformen

Auch Analysten und internationale Organisationen zerbrechen sich seit Jahren erfolglos den Kopf darüber, wie der politische Stillstand überwunden werden könnte. Jedes Jahr werden Dutzende neue Berichte geschrieben, die Gespräche untereinander werden immer zynischer. Denn die Ursache für die Probleme ist im Prinzip bekannt: ein absurd aufgeblasener und dysfunktionaler Staatsapparat, der auf allen Ebenen die ethnischen Gegensätze institutionalisiert hat. Doch weit und breit sind keine Akteure in Sicht, welche die dringenden Reformen umsetzen könnten oder wollten.

«Von innen heraus sind auch keine Reformen möglich», stellt Kurt Bassuener vom Democratization Policy Council fest. Zu sehr profitierten die lokalen Politiker von dem ganzen System. Der Analyst fordert deshalb schon seit Jahren – vergeblich – ein entschiedeneres Eingreifen der EU. Aber angesichts der vielen Krisenherde auf der Welt ist man in Brüssel nur froh, dass es wenigstens in Bosnien ruhig ist. «Sie verwechseln Ruhe mit wirklicher Stabilität», kritisiert Bassuener.

Und so laufen dem Land seine Einwohner weiter davon. Jasmin Alibegović muss lange darüber nachdenken, was ihn dazu bringen könnte, zu bleiben. Er liebt seine Heimat, sagt er. Aber es gebe einfach keine Zukunftsperspektiven. «Und der Nationalismus in der Politik wird immer stärker, obwohl wir uns im Alltag eigentlich meistens gut verstehen.» Sein kroatischer Freund Vedran Škobić nickt. Er und Jasmin haben sich entschieden. Schon bald werden sie sich ein neues Leben in Deutschland aufbauen. ■

Dirk Auer ist freier Journalist für die Länder Südosteuropas mit Sitz in Belgrad.

Aus dem Alltag von ...

Barbara Dätwyler Scheuer, Leiterin Schweizer Kooperationsprogramm in Bosnien und Herzegowina und stellvertretende Missionschefin

Seit bald einem Jahr leben mein Mann und ich nun in Sarajevo, zusammen mit zwei Hunden, die wir mit dem Haus und dem grossen Obstgarten «gemietet» haben. Sarajevo ist eine faszinierende Stadt, geprägt von Geschichte und verschiedenen Kulturen. In Bosnien und Herzegowina sind die Spuren des letzten Kriegs noch allgegenwärtig, die Gesellschaft ist seither zerrissen. Das politische System ist eines der kompliziertesten der Welt. Das Land ist in zwei Entitäten geteilt, die Föderation Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska. Daneben gibt es noch den Sonderdistrikt Brčko. Die drei grössten Volksgruppen – die muslimischen Bosniaken, die orthodoxen Serben und die katholischen Kroaten – stellen je einen Vertreter im Präsidialamt. Ausgeschlossen von diesem und anderen politischen Ämtern sind Minderheiten wie Juden und Roma. Eine Verfassungsänderung wäre schon lange notwendig, dafür fehlt aber der politische Wille.

Das komplizierte System beeinflusst unsere tägliche Arbeit. Vieles machen wir doppelt oder drei-

«Nur wenn alle Menschen an Bord sind, kann das Land Fortschritte machen.»

fach. Ich muss zum Beispiel Kontakte sowohl mit dem Gesundheitsminister der Föderation in Sarajevo als auch mit dem Gesundheitsminister der Republika Srpska in Banja Luka pflegen. Unsere Projekte werden stets in allen Landesteilen umgesetzt. Dadurch ergibt sich die Chance, Menschen aller Volksgruppen zusammenzubringen.

Wir arbeiten mit 50 Prozent der Gemeinden in Bosnien und Herzegowina zusammen. Aufgrund einer bürgernahen und effizienten Planung konnten die Gemeinden in den letzten Jahren rund 50 Millionen Franken an zusätzlichen Mitteln mobilisieren und diese für dringend notwendige Infrastrukturprojekte einsetzen.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist sehr hoch. Viele junge Menschen möchten zwar in ihrem Land bleiben, sehen aber für sich keine Perspektive. Deshalb unterstützen wir sie dabei, ihre Qualifikationen und Fähigkeiten zu verbessern, damit sie



auf dem Arbeitsmarkt grössere Chancen haben. Die inspirierendsten Gespräche hatte ich bisher mit jungen Männern, die sich mit Geschlechterstereotypen auseinandersetzen und sich gegen Gewalt an Frauen starkmachen. Diese Männer – bei vielen waren Gewalt und Drogen ein Thema – haben sich gewandelt, sind selbstkritisch und initiativ geworden. Solche Menschen, die sich für einen konkreten Wandel einsetzen, sogenannte «Actors of Change», wollen wir finden, unterstützen und ermutigen.

Persönlich sind mir die Themen Armut und Ungleichheiten besonders wichtig. Viele Menschen sind aufgrund ihrer Identität von Dienstleistungen, beruflichen Möglichkeiten oder von politischen Prozessen ausgeschlossen: Minderheiten wie Roma, Frauen aus ländlichen Gegenden, ältere oder behinderte Menschen oder junge Stellensuchende, die über kein «Vitamin B» verfügen. Wir arbeiten dazu mit dem UNO-Entwicklungsprogramm an einem Konzept für den nationalen Bericht über die menschliche Entwicklung 2018, der konkrete Empfehlungen für Entscheidungsträger enthalten wird. Ich bin überzeugt, dass Bosnien und Herzegowina grosses Potenzial hat, aber nur dann Fortschritte machen kann, wenn alle Menschen an Bord sind. Dafür engagiere ich mich jeden Tag. ■

(Aufgezeichnet von Jens Lundsgaard-Hansen)

Perspektiven schaffen

Das Friedensabkommen von Dayton beendete 1995 den Bosnienkrieg. Doch nach wie vor gilt Bosnien und Herzegowina als politisch und ethnisch fragil. Die Schweiz will für die Menschen politische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven schaffen und das Land auf seinem Weg Richtung europäische Integration unterstützen. Die Projekte werden hauptsächlich von der DEZA und dem SECO finanziert, aber auch das Staatssekretariat für Migration ist in Bosnien und Herzegowina tätig. Die Schweiz ist heute nach der EU, den USA und Deutschland die viertgrösste Geberin und geniesst mit ihrem Programm, dessen wichtigste Themen Demokratische Gouvernanz, Gesundheit, Wirtschaft und Beschäftigung sowie Migration sind, einen sehr guten Ruf.

Alternative Postkarte aus Sarajevo

Vom Fenster meiner Wohnung aus sehe ich das Gerichtsgebäude von Bosnien und Herzegowina, wo meine Schwester arbeitet. Sie ist ausgebildete Englischlehrerin und Übersetzerin, arbeitet jedoch als Leiterin der Personalabteilung einer Institution, in welcher 20 Jahre nach dem Krieg noch immer über Kriegsverbrecher geurteilt wird. Als Teenager nahm ich mir vor, später sicher nicht in einer Schule zu arbeiten. Heute leite ich einen Verein mit einer Fremdsprachenschule und gebe zu, dass mir das Unterrichten mehr Spass macht als alle meine anderen Aufgaben wie Management, Buchführung oder die wissenschaftliche Arbeit.

Vor zehn Tagen ist unser Verein zur Förderung des Sprachenlernens in eine grössere, schönere und hellere Wohnung gezogen. Als gemeinnützige Organisation dürfen wir von einer Wohnung aus arbeiten, da wir keine hohen Mietkosten bezahlen können. Derzeit werde ich oft gefragt, warum wir nicht ins Stadtzentrum umgezogen sind, wo doch alles im Zentrum angesiedelt ist. Gerade deshalb, antworte ich.

Wenn wir im Kurs für Bosnisch, Kroatisch, Serbisch als Fremdsprache einen Werbetext über Bosnien und Herzegowina aus einer Touristenbroschüre lesen, lesen wir anschliessend immer auch einen Anti-Werbetext. Denn wenn sich jemand dazu entschliesst, «unsere» hiesige Sprache zu lernen, besteht die erste Lektion darin, aufzuhören, wie eine Touristin oder ein Tourist zu denken. So werde ich Sie mit diesem Text auch nicht ins historische Stadtzentrum Baščaršija führen, sondern in das Otoka-Viertel. Dieses liegt auf halbem Weg zwischen dem Zentrum und dem Ende Sarajevos – geografisch betrachtet befindet sich nämlich das Stadtzentrum Sarajevos am Stadtrand, und mein

Wohnviertel liegt in Wahrheit in der Mitte. Otoka ist bekannt für sein Einkaufszentrum mit dem überdachten Markt. Für das gleiche Geld, für das man in der Schweiz eine Handvoll Himbeeren kauft, kann man hier während der Saison zwei Kilo davon kaufen. Dasselbe gilt für Brombeeren, Heidelbeeren, Erdbeeren. Deren Saison wird allerdings immer länger, sie werden immer teurer, verlieren an Geruch und Geschmack. Daran erkennen wir, dass wir auf dem Weg nach Europa sind.



Sandra Zlotrg lebt und arbeitet in Sarajevo. Sie leitet Lingvisti, einen Verein zur Förderung des Sprachenlernens, und arbeitet als Lektorin und Lehrerin für Bosnisch, Kroatisch und Serbisch als Fremdsprache. Ihr Philosophiestudium hat sie mit einer Arbeit zum Thema Geschlecht und Jargon abgeschlossen. Sie fährt gerne Velo, mag Schokolade und hat Freude daran, anderen zu erklären, dass Grammatikregeln durchaus ihren Sinn haben.

Auf dem Markt habe ich meine Stammhändlerin: So weiss ich, dass ich zuhause beim Auspacken nicht von einer halben Tüte faulen Obstes überrascht werde. Die Papiertüte ist in einer Plastiktüte. Ich habe alles versucht, um die Plastiktüte nicht zu bekommen: «Danke, nicht nötig...», «Ich habe einen Stoffbeutel, danke...», «Sie können alles zusammen einpacken...» – doch es klappt nie. Die Antwort lautet immer: «Ist schon gut.»

Was braucht eine Nicht-Touristin oder ein Nicht-Tourist in Sarajevo? Eine gute Bäckerei? Es hat eine auf halbem Weg zwischen Markt und Hochhäusern. Dort habe ich ihnen beigebracht, mir die Baguette nicht in zwei Hälften zu schneiden. Eine Baguette ist kein Lauch. Fischladen? Gleich gegenüber dem Markt. Während sie mir dort den Fisch ausnehmen, kaufe ich Kartoffeln und Mangold ein. Weiter hat es eine Kneipe, eine Pizzeria, ein Ćevapčići-Restaurant, eine Konditorei, einige Wettbüros, rund hundert Meter von einer Schule entfernt ein Kasino sowie eine Brücke. Ennet der Brücke liegt die

Haltestelle der Strassenbahn, mit der man für 80 Cent in einer Viertelstunde ins Stadtzentrum gelangt. Doch dorthin gehe ich nur selten, denn da wo ich wohne, habe ich alles, was ich zum Leben brauche.

Vor einem Monat sagte ich während eines Bewerbungsgesprächs für ein Stipendium der Deutschen Marshall-Stiftung für innovative Führungskräfte: «Ich hätte keine Arbeit, hätte ich sie mir nicht selbst erfunden.» Das ist in der Tat so. Ich mache das, wofür ich ausgebildet wurde. Das, was ich liebe. Und ich lebe meine Werte voller Überzeugung – das Leben ist interessanter als Werbung und Touristenbroschüren. ■

(Aus dem Bosnischen)



Laurent Cocchi

Von Lusen bedroht, von Wespen gerettet

Viele westafrikanische Familien, die Papaya produzieren und wegen verrotteter Früchte unter Ertragseinbussen litten, können aufatmen. Mit einer von der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit unterstützten biologischen Methode liessen sich die Läuse ausschalten, die den Früchten zusetzten.



Der Bauer Codjo Vodouou hat zur Bekämpfung der Papaya-Laus seine ganzen Ersparnisse aufs Spiel gesetzt.

(zs) *Paracoccus marginatus*-Läuse bedrohen die Papayapflanze: Sie setzen sich unter den Blättern fest, saugen die Pflanze aus und ruinieren in der Folge die Produzenten. «Unternimmt man nichts, ist die Kultur innerhalb von zwei Wochen kaputt: Sie nimmt eine weissliche Färbung an, und die Früchte fallen eine nach der anderen ab», berichtet Armand Adeppo aus Zinvie im Süden von Benin. Genau wie in Togo und Ghana ist auch da der Papayaanbau ein wichtiger Wirtschaftszweig mit rund 45 000 Beschäftigten.

Ausserhalb ihres angestammten mexikanischen Lebensraums haben die Papayalause keine natürlichen Feinde und richten grosse Schäden an. Die Folge davon sind riesige Qualitätsverluste bei der Ernte, wodurch Arbeit, Produktion und Einkünfte wegbrechen. Wie viele andere hat Armand Adeppo zunächst Pestizide eingesetzt: «Ich spritzte ein Gemisch aus Niemol und Chemie, doch das Resultat überzeugte nicht. Zudem gingen dafür die ganzen Einnahmen floten.» Schlimmer noch, das Mittel schadete dem Ökosystem und griff die Gesundheit der Arbeiter an.

Effiziente natürliche Methode

In Zusammenarbeit mit dem nigerianischen International Institute of Tropical Agriculture konnte die DEZA das Problem lösen. Institutsfachleute setzten in Ghana, Togo, Benin, Nigeria, Kamerun und

Gabun einen natürlichen Feind der Laus frei: die kleine gelbe Wespe *Acerophagus papayae*. «Sie haben sich die Sache vor Ort angeschaut und dann kleine Viecher losgelassen. Damit hatte es sich. Kaum zu glauben, wenn man zuvor all sein Ersparnes zur Bekämpfung dieser Laus aufs Spiel gesetzt hatte», sagt Codjo Vodouou.

Der Bauer aus Zinvie war aus lauter Verzweiflung kurz davor gewesen, sein Land aufzugeben und sich als Zemidjans-Chauffeur (Tofftaxi) in Cotonou durchzuschlagen. Doch ein halbes Jahr nach der Freilassung der Miniwespen waren die Papayapflanzen wieder grün und Vodouou kehrte auf den Markt zurück. In Benin stieg die Produktion zwischen 2012 und 2015 (ein Jahr nach Einführung des Parasitoiden) um 76, in Togo um 43 und in Ghana gar um 157 Prozent.

Alle beteiligten Akteure atmeten auf: Die Erträge flossen wieder, die Bevölkerung lässt es sich schmecken und der Umwelt ist ebenfalls gedient. Um diese langfristig zu schützen, sensibilisiert die DEZA die Produzenten für die Gefahren von Pestizideinsatzen über Radiosendungen und in Workshops. Zudem tragen 19 Universitäts-Bildungsgänge zur Nachhaltigkeit des Projekts bei. ■

(Aus dem Französischen)

Bedrohlicher Herbst-Heerwurm

Zurzeit befällt der aus Amerika stammende Herbst-Heerwurm die afrikanischen Maisfelder. Laut einer Studie des von der DEZA unterstützten Centre for Agricultural Bioscience International ist er eine «erhebliche Bedrohung für den Weltagrarhandel». Die Raupe dezimiert hauptsächlich Mais, kann sich aber an über hundert verschiedenen Pflanzenarten gütlich tun, darunter Reis, Mohrenhirse, Zuckerrohr, Zuckerrübe, Erdnüsse, Soja, Hirse und Kartoffeln. «Sie wird sich selbstverständlich auf dem ganzen Kontinent ausbreiten und die Landwirtschaft im Mittelmeerraum bedrohen, später allenfalls sogar jene in Asien», sagt Georg Goergen, Insektenforscher am International Institute of Tropical Agriculture. Zur Eindämmung der Plage werden biologische Schädlingsbekämpfung und der Einsatz spezieller Viren diskutiert.

Mehr säen, weniger pflanzen

Wasser wird immer kostbarer, vor allem in der Landwirtschaft. In Zentral- und Südasien unterstützt die DEZA deshalb Projekte, die zur effizienteren Nutzung von Wasser im Baumwoll- und Reisanbau beitragen sollen. Zahlreiche Kleinbauernfamilien erhalten damit ein sicheres Einkommen.



Helvetas (2)



Moderne Reisanbaumethode in der pakistanischen Provinz Punjab: Ein Traktor sät auf dem noch trockenen Feld, ein Bauer zählt die Anzahl Reispflanzen pro Quadratmeter.

Pfeiler der internationalen Zusammenarbeit

Nur die konstruktive Zusammenarbeit aller Akteure, der privaten und der öffentlich-rechtlichen, ermöglicht es Entwicklungsagenturen wie der DEZA, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 umzusetzen. Die DEZA entwickelt ihr «Engagement mit dem Privatsektor» (EPS), gezielt weiter und sucht strategische Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen der Privatwirtschaft, Social Enterprises, Impact Investors und gemeinnützigen Stiftungen. So fördert sie einerseits den Dialog mit der Privatwirtschaft über Ziele der nachhaltigen Entwicklung. Andererseits arbeitet sie mit den Akteuren des Privatsektors zusammen, um die Wirksamkeit ihrer Projekte zu verbessern. Diese Kooperationen ermöglichen den Zugang zu neuem Wissen, begünstigen Innovationen und setzen finanzielle Ressourcen frei.

(Ib) Wenn sich Schweizerinnen und Schweizer über duftenden Basmatireis mit Gemüsecurry auf dem Mittagstisch freuen, dann macht das auch 7000 Kilometer östlich viele indische Bauernfamilien glücklich. Der Reis gelangt dank eines Projekts der Helvetas, das von der DEZA und dem Detailhändler Coop unterstützt wird, auf die Schweizer Tische. Der Grossverteiler kauft den biologischen Reis aus nachhaltiger Produktion von 4500 indischen Kleinbauernfamilien und verkauft ihn in der Schweiz.

«Nur durch die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor ist es möglich, den Bauernfamilien Zugang zum Markt und ein sicheres Einkommen zu verschaffen», sagt Felix Fellmann vom Globalprogramm Ernährungssicherheit der DEZA. Bei dem Projekt handelt es sich denn auch um eine sogenannte Öffentlich-Private Entwicklungspartnerschaft (EPS).

Anreize für nachhaltige Produktion

Helvetas hat verschiedene Projekte zur Steigerung der Wasserproduktivität nicht nur in Indien, sondern seit 2015 auch in Kirgisistan, Tadschikistan und Pakistan realisiert. Dies geschah im Rahmen des Wasserproduktivitäts-Projekts (Wapro), welches den Wasserverbrauch in den Reis- und Baumwollkulturen auf der Basis dreier Nachhaltigkeitsplattformen (siehe Randspalte) reduzieren soll.

In Zentralasien werden 70 Prozent des Wassers zum Bewässern der Felder verbraucht, in Südasien schwankt diese Menge sogar zwischen 85 und 97 Prozent. «In der Landwirtschaft wird sich entscheiden, ob die Menschheit im Jahr 2050 noch über genügend Wasser verfügt, um Ernährungssicherheit zu gewährleisten», unterstreicht Ko-Projektleiterin Stefanie Kägi.

Neue Anbau- und Bewässerungsmethoden

Die Wapro-Projekte, finanziert durch die DEZA und den Privatsektor, stützen sich auf drei Pfeiler: Ausbildung von Bäuerinnen und Bauern in ökologischer Landwirtschaft und effizienterer Bewässerung; Sensibilisierung von Grossbetrieben, damit sie durch ökonomische Anreize nachhaltige Produktion bei den Kleinbauern fördern; und schliesslich soll eine Zusammenarbeit von Behörden, Privatsektor und Zivilgesellschaft eine wirksame Was-serpolitik fördern.

In den Reisfeldern der pakistanischen Provinz Punjab knien die 35-jährige Tehmina und zwei ihrer Töchter acht bis zwölf Stunden pro Tag unter der glühend heissen Julisonne auf dem Boden und setzen junge Reispflanzen in die überflutete Erde. «Es gibt effizientere Methoden, Reis anzubauen und überdies die schädlichen Folgen für Mensch und Umwelt zu reduzieren», sagt Jens Soth, der Ko-Leiter des Helvetas-Projekts.



Dank effizienter Bewässerung ein absehbares Einkommen: Ein kirgischer Bauer regelt die Wassermenge für seine Baumwollfelder.

Rund 45 000 Kleinbauern, davon zehn Prozent Frauen, wurden 2016 in wassersparenden Anbaumethoden von Reis und Baumwolle unterrichtet. «Bevor ich den Boden mit einem ‚Laser Leveller‘ ebnete, brauchte ich vier Stunden um mein Land zu bewässern, jetzt nur zweieinhalb», erzählt Saeed, ein Bauer aus der Provinz Punjab. «Ich verpflanze den Reis nicht mehr, sondern säe ihn direkt in die Erde», sagt Abdul Shakoore, ein indischer Bauer. «Das senkt die Kosten, erhöht die Produktivität und ausserdem muss ich nicht mehr stundenlang mit aufgeweichten Füessen im Wasser arbeiten».

Vielfache Vorteile für Bauernfamilien

Doch um eine grössere Zahl von Bauern zu erreichen, braucht es mehr als Wissensvermittlung. «Es braucht Anreize, damit die neuen Anbaumethoden auf breiter Ebene angewandt werden», unterstreicht Felix Fellmann. Genau da kommt der Privatsektor ins Spiel. Die Bauern erhalten eine Prämie, wenn sie sich an die Regeln des Bioanbaus halten oder wassereffiziente Anbaumethoden anwenden.

Ausserdem reduziert ein geringerer Wasserverbrauch oder Pestizideinsatz die Anbaukosten und erhöht damit das Einkommen. In Kirgistan stiegen auf den Versuchsfeldern die Einkommen der Familien um 30 Prozent gegenüber dem traditionellen Baumwollanbau.

Der Zugang zum Markt wird in Indien und Kirgistan durch eine Bauernkooperative ermöglicht, die auch dafür sorgt, Bewässerungskanäle wiederherzustellen oder neue Maschinen zu kaufen. Anders als früher wissen die Bäuerinnen und Bauern nun, mit welchem Einkommen sie rechnen können. «Die Familien erhalten dadurch vielfache Vorteile», gibt Felix Fellmann zu bedenken. «Indem die DEZA dieses Projekt unterstützt, kämpft sie gegen Armut, ermöglicht den Schulbesuch der Kinder und den Zugang zu Gesundheitsdiensten und fördert erst noch den Umweltschutz.» Überdies trage das Projekt auch zur Friedensförderung, zur Konfliktprevention und zur politischen Stabilität bei, wie es das Entwicklungsziel Nr. 16 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vorsieht.

In Zukunft wird nicht Erdöl, sondern Wasser weltweit die wichtigste geopolitische Ressource sein. In der Vergangenheit führten Konflikte ums Wasser (siehe auch das Dossier zu Wasser und Konflikte) zu schweren Spannungen beispielsweise zwischen Kirgistan und Tadschikistan. Nicht nur dank ihrer Vermittlungskompetenzen leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbewältigung und dazu, dass Wasser ein Mittel der Zusammenarbeit und nicht Anlass zum Konflikt wird. ■

(Aus dem Italienischen)

Drei Nachhaltigkeits-Plattformen

- Sustainable Rice Platform» (SRP): Die weltweite tätige Plattform hat zum Ziel, den wirksamen Umgang mit Ressourcen und die Nachhaltigkeit der Versorgungsketten in der Reisindustrie zu fördern. Sie wurde vom UNO-Umweltprogramm UNEP ins Leben gerufen. Daran beteiligt sind Nichtregierungsorganisationen sowie Partner aus dem öffentlichen und dem Privatsektor. Kürzlich hat die SRP den ersten internationalen Standard für nachhaltigen Reisanbau definiert.
- Better Cotton Initiative (BCI): Die nicht profitorientierte Organisation setzt sich weltweit für eine nachhaltigere Baumwollproduktion ein, indem der Chemikalieneinsatz und Wasserverbrauch und damit die Umweltfolgen beim Baumwollanbau reduziert werden. 2005 gegründet, zählt die BCI heute über 1000 Mitglieder aus 48 Ländern, darunter WWF, Oxfam, Ikea und H&M.
- Alliance for Water Stewardship (AWS): Die 2008 gegründete Nichtregierungsorganisation hat einen internationalen Standard sowie Indikatoren bestimmt, um die Sozial- und Umweltverträglichkeit sowie die finanzielle Nachhaltigkeit bei der Nutzung von Süsswasser zu verbessern.

Einblick DEZA

Kroatien: Innovationsförderung

(gur) Kroatien liegt mit einer Arbeitslosigkeit von 12.8 Prozent deutlich über dem EU-Durchschnitt von 8.2 Prozent. Weil KMU bei der Schaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle spielen, unterstützen die DEZA und das Staatssekretariat für Bildung und Innovation SBFI das Innovationsförderungsprogramm «Eurostars» in Kroatien. Dieses unterstützt innerhalb des europäischen Netzwerks zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors die Entwicklung innovativer Forschungsprojekte durch KMU. Durch die Kofinanzierung und Beratung trägt die Schweiz zur Realisierung qualitativ hochwertiger Forschungsvorhaben bei. Dadurch soll Kroatien zu einem attraktiveren Standort für Investitionen werden.
Projektdauer: 2017-2022
Volumen: 1 Million CHF

Myanmar: Über 50 neue Schulen

(ung) Seit Jahrzehnten kommt es im Südosten von Myanmar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Regierungskräften und bewaffneten Stammesgruppen. Die Humanitäre Hilfe der DEZA leitet hier seit 2010 ein umfangreiches Sanierungs- und Aufbaupro-

jekt bezüglich Infrastruktur. Sie hat mehr als 50 Schulen und 17 Gesundheitsposten errichtet und 80 andere Anlagen saniert, insbesondere Brunnen und Brücken. Die lokale Bevölkerung hat bei der Planung und Umsetzung der Projekte mitgewirkt.

Projektdauer: 2010-2017
Volumen: 12 Millionen CHF

Kirgisistan: gestärkte Demokratie

(cek) Nach lang anhaltenden politischen Unruhen und einer Verfassungsreform ist Kirgisistan seit 2010 eine parlamentarische Demokratie. Mit dem neuen politischen System gehen grosse Herausforderungen einher. Die DEZA und das UNDP unterstützen das Land bei diesem Wandel und setzen sich dafür ein, dass die demokratischen Institutionen in Kirgisistan gestärkt und die Staatsbürgerinnen und -bürger enger in die politischen Prozesse eingebunden werden, damit sie ihre Anliegen besser vertreten können. Dafür setzt das Projekt auf eine verbesserte parlamentarische Aufsicht der Regierungstätigkeiten, um wirksame und effiziente öffentliche Dienstleistungen für alle zu gewährleisten.

Dauer: 2017-2021
Volumen: 3.8 Millionen CHF



DEZA

Honduras: Wasser als Bindeglied

(bm) Die Region am Golf von Fonseca im Süden von Honduras ist trocken, mausarm, verletzlich und hat bloss schwache staatliche Strukturen. Wasser in Form von Trinkwasser und als Ressource der lokalen Landwirtschaft und für die Lebensmittelindustrie wirkt als Bindeglied. Die DEZA will zu diesem Thema staatliche und private Akteure, Kleinbauern, Gemeindevertreter und Grossunternehmer am runden Tisch versammeln. Es geht darum, die Qualität und Tragfähigkeit der Wasserversorgung zu verbessern und die Gemeindestrukturen auf lokaler Ebene zu stärken. Parallel zur Konfliktprävention leitet die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit einen Verhandlungs- und Dialogprozess vor Ort.

Projektdauer: 2017-2021
Volumen: 8 Millionen CHF

Mehr Hilfe gegen Hunger

(ung) In Nigeria, Somalia, im Südsudan und Jemen sind seit Anfang Jahr rund 20 Millionen Menschen vom Hunger bedroht. Die DEZA ist in den vier Ländern bereits präsent und hat ihr humanitäres Engagement um 15 Millionen Franken aufgestockt. Sie unterstützt

vor Ort seit Jahren diverse Projekte zur Verbesserung der Ernährungslage, zur Existenzsicherung, zu verbessertem Zugang zu Trinkwasser sowie zum Schutz der Zivilbevölkerung. Das Gesamtbudget der Schweizer Entwicklungshilfe in den vier Staaten beläuft sich dieses Jahr auf 63 Millionen Franken.

Projektdauer: 2017
Volumen: 15 Millionen CHF

Schub für Palästinas Landwirtschaft

(bm) Der Primärsektor bildet einen der Pfeiler der palästinensischen Wirtschaft. Er hat ein hohes, aber nur ungenügend genutztes Wachstumspotenzial. Zusammen mit dem palästinensischen Landwirtschaftsministerium fördert die DEZA den landwirtschaftlichen Lebensmittelbereich im Sinn eines nachhaltigen Wachstums zum Wohl der Bevölkerung. Ein besserer Marktzugang und höhere Wettbewerbsfähigkeit sollen Einkommen und Produktivität der Landwirtschaft steigern. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit unterstützt überdies Frauenkooperativen bei der Suche nach Nischenmärkten.

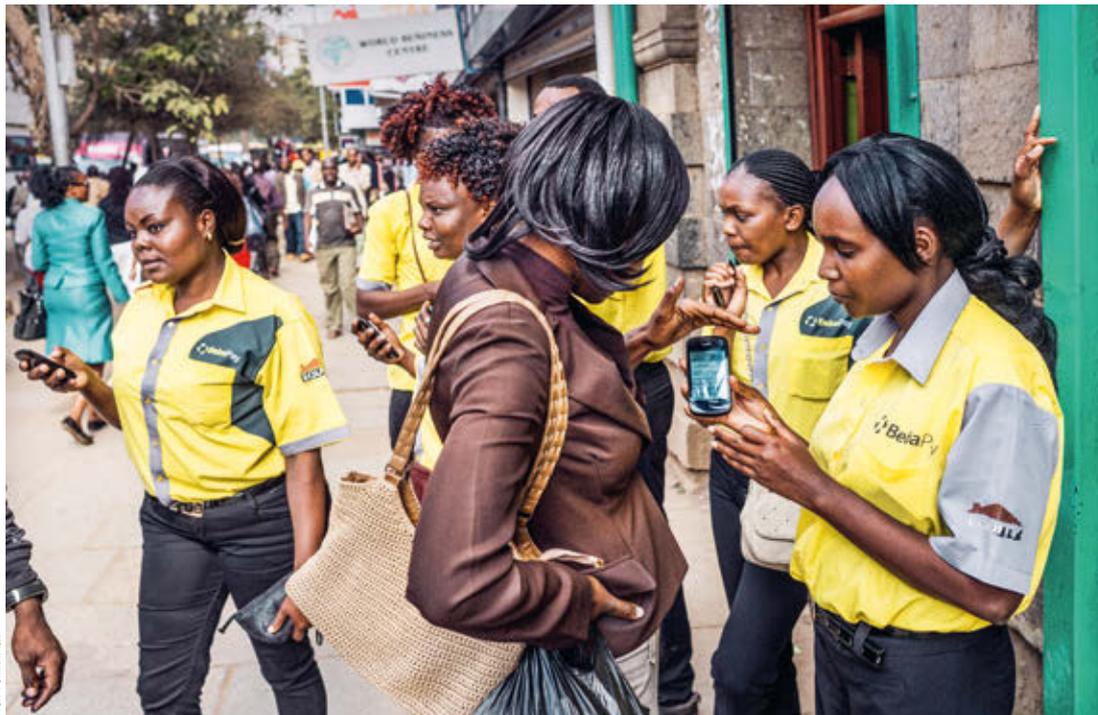
Projektdauer: 2017-2021
Volumen: 3 Millionen CHF



Aung Htay Hteing

Industrie 4.0 auch für arme Länder?

Die digitalen Plattformen, Sensoren und Roboter der 4. industriellen Revolution formen eine andere Welt, deren Gesicht noch niemand kennt. Welche Rolle werden dabei die Entwicklungsländer spielen? Halten sie mit, holen sie auf oder fallen sie in Zukunft gar weiter zurück? Von Jens Lundsgaard-Hansen.



Sven Torfinn/laif

In Kenias Hauptstadt Nairobi informieren sich täglich zehntausende von Passagieren via Smartphones über den öffentlichen Verkehr und bezahlen damit ihr Busticket.

«Die schnellste technologische Anpassung in der menschlichen Geschichte» – so wird der Boom von Internet, Computern, Smartphones, Social Media und 3-D-Druckern in einer Studie der Columbia University und von Ericsson bezeichnet. Das Verückte daran: Die Spirale der Digitalisierung dreht und dreht sich, die 4. industrielle Revolution – genannt auch Industrie 4.0 – erschafft eine neue Welt.

Viele Menschen fürchten, dass diese Welt keine bessere sein wird. Camille Zimmermann, Direktor und Trendforscher bei Trendone Schweiz, spricht von einer Veränderungsangst hierzulande in Bezug auf die technologische Entwicklung. Und dies, obwohl die Schweiz für Industrie 4.0 eigentlich gut aufgestellt sei: «Die Schweiz ist innovativ und eine Wissensgesellschaft. Der Trend zu Auslagerungen von Arbeitsplätzen wird abnehmen. Industrie 4.0 basiert nicht auf billiger Arbeit, sondern auf dem hier vorhandenen Wissen.» Also doch neuer Schub durch Industrie 4.0, hier bei uns?

Gewissheiten oder gar Garantien gibt es nicht.

Zugang zu Internet hat Priorität

Was aber ist mit den Entwicklungsländern? Können sie auf den fahrenden Zug aufspringen und aufholen? Oder fallen sie noch weiter zurück? Andrina Beuggert, eine junge Schweizer Expertin für Entwicklungsfragen und Innovation, sagt: «In ländlichen Gebieten in Afrika bieten elektronische Zahlungssysteme und mobile Beratungsdienste für Gesundheit und Landwirtschaft den Menschen neue Chancen.»

Tatsächlich haben in den Entwicklungsländern bereits mehr Menschen ein Mobiltelefon als Zugang zu Strom und sauberem Trinkwasser. Und doch ist allen Experten klar, dass eine tiefe digitale Kluft durch die Welt geht. Die «digitalen Dividenden», so die Bilanz der Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht 2016, seien ungleich verteilt. Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind aber, so der allgemeine Konsens, eines

Industrielle Revolutionen

Die industrielle Entwicklung wird in vier Phasen gegliedert, welche die wirtschaftliche Entwicklung stark beschleunigt haben.

1. Revolution: mechanische Arbeit mit Wasser- und Dampfkraft, mechanische Webstühle (um 1800).
2. Revolution: Automatisierung und Elektrifizierung, erste Fließbänder (um 1900).
3. Revolution: breiter Einsatz von Elektronik, IT und Computern (um 1970).
4. Revolution: Digitalisierung (heute). Geräte und Menschen sind vernetzt; Sensoren kommunizieren über Internet. Es entstehen neue Dienstleistungen und Produktionsprozesse (Roboter, 3-D-Drucker). Das Breitband-Internet ist leistungsfähig (Kategorien 3G, 4G, in Entwicklung 5G) und Voraussetzung für das mobile Internet mit Smartphones, das für die Entwicklungsländer besonders wichtig ist.



Fernando Moleres/laif

Indien will bei der digitalen Revolution weltweit eine führende Rolle übernehmen: Im Fokus seiner Strategie «Digital India» stehen ganz besonders die Armen.

Globaler Dialog

Seit dem UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) von 2003 und 2005 hat sich das vom WSIS geschaffene Internet Governance Forum (IGF) zu einer der weltweit wichtigsten Dialogplattformen entwickelt. Am IGF nehmen jeweils bis zu 3000 Fachleute aus Regierungs- und Wirtschaftskreisen sowie aus Wissenschaft und technischer «Community» teil. Dabei geht es unter anderem um Chancen und Risiken neuer digitaler Anwendungen, den Schutz der Menschenrechte in der digitalen Welt oder die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien für die nachhaltige Entwicklung. Die Schweiz ist Gastgeberin des diesjährigen IGF, das vom 18. bis 21. Dezember am UNO-Sitz in Genf stattfindet. Die Teilnahme am IGF steht allen Interessierten offen.

der wichtigsten Instrumente zur Umsetzung der Agenda 2030. Alle Menschen müssten daher Zugang zum Breitband-Internet erhalten. Für vier Milliarden Menschen ist dies heute noch nicht der Fall.

Einstieg in die 4. industrielle Revolution

Viele Entwicklungsländer, welche die früheren industriellen Revolutionen nicht mitgemacht haben, wollen nun direkt in die 4. industrielle Revolution einsteigen. Ruanda zum Beispiel setzt sich mit seiner «Vision 2020» das Ziel, «eine Agrargesellschaft in eine Informations- und Wissensgesellschaft zu transformieren». Das kleine afrikanische Land investiert mit aller Kraft und einigem Erfolg in Internet, Laptops in der Schule oder elektronische Patientendossiers. Elvis Melia, der unter anderem als Experte für das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik tätig ist, bestätigt: «Entwicklungsländer überspringen im Sinne von ‚leapfrogging‘ häufig ältere Technologien und setzen direkt die neusten Technologien ein.»

Auch Indien forciert die Digitalisierung. Thomas Schneider, Botschafter und Vizedirektor beim Bundesamt für Kommunikation (Bakom), vertritt die Schweiz in Organisationen wie der Internationalen Fernmeldeunion und stellt fest: «Indien will bei der digitalen Revolution weltweit eine führende Rolle übernehmen. Im Fokus der Strategie ‚Digital India‘ stehen ganz besonders die Armen. Der Zugang zu Internet soll allen Bürgern den Verkehr

mit Behörden übers Internet ermöglichen und dazu beitragen, Gleichheit zu schaffen und physische Barrieren niederzureissen.» Um diesen Zugang für alle inklusive bisher Ausgeschlossenen zu ermöglichen, setzt jedoch voraus, dass auf dem Netz auch regionale Angebote und Dienste in lokaler Sprache abrufbar sind. Auch die Bilanz des World Economic Forum (WEF) on Africa im Jahr 2016 stellt fest: Afrika könne bei den neuen Technologien zwar nicht dort starten, wo andere es tun, doch es müsse rasch und entschlossen in die digitale Zukunft investieren.

Unübersehbare Hindernisse

Sind die Entwicklungsländer also auf gutem Weg, ihre Position im Vergleich zu den Schwellen- und Industrieländern zu verbessern? Viele Experten sind trotz positiven Signalen skeptisch. Ein Grund dafür liegt darin, dass die «analoge» Basis für eine breite Digitalisierung schmal ist: Zugang zu Elektrizität und Infrastrukturen, politische Stabilität und gesellschaftliche Partizipation sind oft ungenügend. Diesen Rückstand aufzuholen, so auch viele Stimmen am Afrika-WEF, brauche Jahrzehnte.

Camille Zimmermann von Trendone rückt die Faktoren Wissen und Arbeit in den Vordergrund: «Die Frage ist, wer mit Blick auf Industrie 4.0 die verschiedenen Standortvorteile – von der Vernetzung über das Wissen bis hin zur politischen Stabilität – am besten kumulieren kann. Hier sind die Industrieländer im Vorteil. Die Entwicklungslän-



Ruanda setzt sich mit seiner «Vision 2020» das Ziel, eine Agrargesellschaft in eine Informations- und Wissensgesellschaft zu transformieren.

der drohen ihren bisherigen Vorteil, nämlich die billige Arbeit, zu verlieren.» Mit anderen Worten: Technologiesprünge müssen auch von Wissenssprünge begleitet sein.

Welche Arbeit in Zukunft?

Wissen, Arbeit und Digitalisierung – dieses Spannungsfeld sorgt weltweit für Diskussionen. Digitalisierung und Automatisierung werden neue Arbeitsplätze für Hochqualifizierte schaffen, manche für schlecht Qualifizierte belassen, aber viele im Segment dazwischen vernichten. Wie soll zum Beispiel Afrika die Digitalisierung, welche Jobs im mittleren Segment abbaut, mit einer Welt verbinden, welche dringend Jobs für Menschen mit eher geringen Qualifikationen braucht?

Experten sehen dennoch neue Chancen, auch für Afrika: Statt Ausbildungen von mehreren Jahren zu durchlaufen, wäre es in Zukunft auch möglich, den Umgang mit digitalen Tools zu vermitteln. Damit könnten junge Menschen innert weniger Monate in jene Arbeitswelt aufbrechen, die sich ohnehin laufend verändern werde. Ähnliche Überlegungen macht sich auch Elvis Melia: «Viele Fähigkeiten, die wir heute in der Berufsausbildung erlernen, werden mit der Digitalisierung nicht mehr gefordert sein.» Die Digitalisierung werde aber zusätzlichen Wohlstand schaffen, der neue Beschäftigung über Online-Plattformen für redaktionelle Arbeiten oder in Bereichen wie Forschung, Kultur und Unterhaltung ermöglichen werde – und zwar in Berei-

chen, die wir heute noch gar nicht kennen. Die Weltbank vertritt in ihrem Weltwirtschaftsbericht 2016 gar die These, dass weniger als die Hälfte all jener, die heute zur Schule gehen, später einmal in einem Beruf arbeiten werden, den wir heute bereits kennen.

Aufbau von Wissen und Kompetenz

Welche Folgerungen lassen sich angesichts so vieler Unsicherheiten ziehen? Zwei Dinge scheinen klar zu sein: Zum einen sind die Informations- und Kommunikationstechnologien auch für die Entwicklungsländer zentral. Die Regierungen, verstärkt durch das Engagement privater Firmen und der reichen Länder, müssen die Führung übernehmen, um das Breitband-Internet aufzubauen und Dienste in lokaler Sprache anzubieten. Zum anderen wird die Digitalisierung kaum Früchte abwerfen, wenn die «analoge» Basis fehlt.

Genau diese analoge Basis versucht die traditionelle Entwicklungszusammenarbeit seit jeher zu stärken. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Aufbau von Wissen und Kompetenzen – in der Grundausbildung, den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und im sozialen und kreativen Bereich. Und sicher ist auch: Die grossen Unbekannten und Herausforderungen der Industrie 4.0 machen vor niemandem Halt – weder vor den Industrie- noch vor den Entwicklungsländern. ■

Internet und digitale Gouvernanz beim Bund

Auf Ebene Bund liegt die fachliche Verantwortung für Internet und digitale Gouvernanz beim Bundesamt für Kommunikation (Bakom). Dieses ist in diversen internationalen Organisationen und Prozessen aktiv, die sich mit Infrastruktur, Inhalten, Regulierung und (Menschen)Rechten der digitalen Gesellschaft und Wirtschaft beschäftigen (ITU, ICANN, Unesco, etc.). Bei der DEZA besetzt Steve Tharakan den «Focal Point» zu Fragen der Digitalisierung und Entwicklung. Die beiden Ämter haben ihre Zusammenarbeit intensiviert. Internet und digitale Technologien spielen in zahlreichen Projekten der DEZA eine Rolle. So unterstützen zum Beispiel Satellitentechnologie und elektronische Datenbanken die Produzenten von Reis in verschiedenen Ländern Südasiens.

Wissen allein genügt nicht

Einer meiner besten marokkanischen Freunde, ein geachteter Intellektueller, sagte mir neulich: «Leute wie wir, die man zur Elite zählt, haben kein Interesse an einer besseren öffentlichen Schule, unsere Kinder gehen ja auf Privatschulen oder Schulen ausländischer Missionen.» Mein Freund ging von einem liberalen Gerechtigkeitsverständnis aus: Bei nicht persönlich empfundener Ungerechtigkeit entlastet uneigennütziges Verhalten bloss das eigene Gewissen, ändert aber an den Zuständen nichts.

Ein anderer Freund, ein in den USA lebender Inder mit ähnlichem intellektuellem Profil, sagte mir später, wir seien zwar gewillt, unsere Gesellschaften so zu reformieren, dass die Jungen bessere Chancen bekommen, aber unfähig, Solidarität anders als in einem liberalen, auf uns fixierten Rahmen zu denken. Gemäss ihm müssten wir aus der Perspektive des Gegenübers denken, nicht um einen längst überholten Kommunismus wieder aufleben zu lassen, sondern

gemeinsamen Sozialisierungsräumen zuliebe.

Eben habe ich mit Teams verschiedener Universitäten südlich des Mittelmeers eine Studie über Haltungen, Fähigkeiten, Erwartungen und Tätigkeiten Jugendlicher abgeschlossen. Die Daten zu Marokko sind zugleich besorgniserregend und beruhigend. Rund 70 Prozent der Jugendlichen, die einer Arbeit nachgehen, haben keinen Vertrag, schlagen sich also durch, was aber nicht allen gelingt: Die Ausbildungs-, Regelungs- und Förderstrukturen sind grösstenteils unwirksam oder ungeeignet. Was aus drei Jahren Umfragen, Gesprächen und Diskussionsforen hervorgegangen war, stellte mich als Professor vor die Frage, ob ich nun empört, eher beruhigt oder gar gleichgültig darauf reagieren soll.

Wenig später erschien nach mehrmaligem Aufschieben der Bericht des obersten Bildungsrats, der einmal mehr das vielschichtige Versagen in Marokkos Schulen bestätigte:

vorzeitiger Schulabbruch, das zu grosse Gewicht informeller Lehrpläne ohne fassbare Ergebnisse, das Fehlen einer Vision und die allzu zentrale Steuerung. Der niederschmetternde Befund ist weder neu noch überraschend. Schlimmer noch, er provoziert keinerlei sofortigen Massnahmenplan.

Vor meinem inneren Auge tauchen unvermittelt die Preisträger des Managementinstituts in Rabat auf, wo ich unterrichtete: Begeisterte Frischdiplomierte, die sich freuen, voll in die Berufswelt einzusteigen – und kaum einer oder eine, der oder die sich vom Unternehmertum angezogen fühlt. Ich beobachte quasi die Verzweigung rund um mich herum, lebe selbst aber auf einer Insel der Auserwählten, die der Elite den Fortbestand garantiert. Studiengänge hin zur persönlichen Verwirklichung sind hier noch eine Randerscheinung, der Öffentlichkeit bedeuten sie kaum etwas. Alles Informelle nimmt nach wie vor viel Raum ein – unser Weg zu einer Wissensgesellschaft ist

noch lang. Was tun? Zwischen den Einstellungen meiner beiden Freunde, begriff ich auf einmal, müssen wir einen dritten Weg finden, jenen von Forscher-Bürgerinnen und -Bürgern, die an verschiedenen Brennpunkten gesellschaftliche Prozesse in Gang setzen. Es geht nicht nur ums Wissen, es geht auch darum, es weiterzugeben. Schwierigkeiten nicht nur erkennen, sondern ihnen die Stirn bieten, Ideen austauschen, Veränderungen anstossen. Sonst bleiben wir hin- und hergerissen zwischen dem liberalen Komfort der Wissenden und der ethischen Verlegenheit der Ungerechten. ■

(Aus dem Französischen)



Driss Ksikes, geboren 1968 in Casablanca, ist Schriftsteller und Journalist. Der ehemalige Chefredaktor von «TelQuel» (2001–2006) ist zurzeit Professor am Institut des hautes études de management in Rabat. Er steht an der Spitze des institutseigenen Forschungszentrums und seiner Zeitschrift «Economia». Ksikes setzt mit Laboratorien aus dem Maghreb und dem Mittelmeerraum Projekte im Medien- und Kulturbereich um. Unter anderem leitet er Schreibwerkstätten und arbeitet mit Kulturpublikationen zusammen. Als Dramaturg hat er auch Erzählungen und Essays verfasst.



Robert Harding Productions/robertharding/afp

Nobunaki Arai (2)

Tanzend den erlittenen Horror überwinden

Subtile Ballettchoreografien setzen die Grausamkeit der Zwangsehen unter dem Regime der Roten Khmer in Kambodscha in Szene. Das Kulturprojekt ruft kollektive Erinnerungen wach und will den lange missachteten Opfern beim Überwinden ihres Traumas helfen. Von Zélie Schaller.



«Phka sla» bedeutet in der Khmer-Sprache «Betelpalmen-Blüten». Diese symbolisieren bei kambodschanischen Hochzeitsfeiern das Leben nach dem Welken der Blütenblätter. Nun haben die Blüten einem Ballett den Namen gegeben, welches Anfang dieses Jahres in Kambodschas Hauptstadt Phnom Penh mit Unterstützung der DEZA aufgeführt wurde. Das Werk würdigt die unter der Diktatur der Roten Khmer zwangsverheirateten Paare, soll die Geschichte der Opfer so realitätsnah wie möglich erzählen und zur Wiedergutmachung beitragen. Traditionelle Melodien und patriotische Gesänge tauchen die Zuschauerinnen und Zuschauer in einen historisch und emotio-

nal aufgeladenen Kontext ein. Die schwarzen Gewänder der Tänzerinnen erinnern an die traditionelle Bekleidung der Roten-Khmer-Kaderleute und unterstreichen die Gewalttätigkeit sowie den Schrecken der damaligen Zeit.

Entführt und verheiratet

«Weshalb sollte ein Mann keine Frau wollen?», fragt einer der Erzähler. Noch bevor das Publikum darüber nachdenken kann, wird es vierzig Jahre in die Vergangenheit zurückversetzt. Die Tänzerinnen arbeiten unter Aufsicht feindseliger Wächter. Eine nach der andern werden sie von ihrer Arbeit weggerissen und verheiratet, in stürmischen und zugleich anmutigen Bewegungen. Manche

gehen in der Harmonie auf, andere kämpfen dagegen an.

«Ich wurde gezwungen, einen Mann zu heiraten, den ich nie gesehen hatte. Ich war 15 und gegen die Regeln der Partei.

Deshalb wollte er mich töten», erzählt eine Kambodschanerin mit fähigem Blick. Und ein Überlebender ergänzt traurig: «Die Frauen haben ihre Wut auf die Zwangsehe ausgedrückt. Aber vielen Männern ist es nicht anders gegangen.» Zwischen 200 000 und 300 000 Zwangsehen wurden von 1975 bis 1979 im Namen einer Politik geschlossen, die «individuelle Gefühle» zerstören und die Bevölkerungszahl erhöhen wollte. Die Männer und Frauen hatten keine Wahl. Meist konnten sie sich nicht. Die Zeremonien fanden ohne die Familien im Kollektiv statt, die «Ehemänner» wurden gezwungen, nicht nur der zugewiesenen Partnerin, sondern auch dem Regime Treue zu schwören und Kinder zu zeugen. Rund eine halbe Million Menschen wurden in einen vorgegebenen Lebensweg gezwungen.

Zerstörte Leben

Das Ballett erzählt die Geschichte dreier Paare, zwei





Nobuyuki Arai (3)

davon waren unglücklich verheiratet, eines hatte mehr Glück. Die von Theresa de Langis, einer Spezialistin für Gendergewalt, gesammelten Opferberichte inspirierten das von Sophiline Cheam Shapiro inszenierte Drama. Die kambodschanische Choreografin, selbst eine Überlebende des Regimes, arbeitet seit langem zu Themen wie soziale Gerechtigkeit und Gleichheit: «Klassischer kambodschanischer Tanz ist sehr elegant und stellt die Legende der Götter und Könige dar, während «Phka sla» wahre Geschichten erzählt. Die Balance zwischen künstlerischer Interpretation und realistischen Schilderungen zu finden, erwies sich als eine komplexe Aufgabe. Kunst hat die einzigartige Fähigkeit, Diskussionen anzuregen ohne auf Konfrontationskurs zu gehen. Schwachen und Verletzten gegenüber erweist sich die Gesellschaft bisweilen als grausam. Wir können Empathie entwickeln und damit Verständnis und Gerechtigkeitssinn fördern», hält Sophiline

Cheam Shapiro fest. «Wir haben ein zeitgenössisches klassisches Ballett geschrieben, damit das Publikum die Zwangsehe als ein Verbrechen der Roten Khmer erkennt. Mit dieser Produktion können die Älteren den Jüngeren gegenüber ihre

Traurigkeit zum Ausdruck bringen.»

Psychologische Hilfe

Die «Roten Hochzeiten» schlugen tiefe Wunden. Noch bis vor kurzem war das Thema tabu: Die Frauen schämten sich,

weil es oft zu Vergewaltigungen gekommen war, ob durch die Angetrauten oder durch Kaderleute der Roten Khmer, wenn sie sich den Männern verweigerten. Um die bösen Geister dieser Gräueltaten auszutreiben, ist «Phka sla» mehr als ein Ballettprojekt. Die NGO Transcultural Psychosocial Organization hilft den Überlebenden, «sich von den schweren Erinnerungen zu befreien und die Verletzungen zu überwinden», erklärt deren Leiterin Sotheara Chhim. Nach den Vorführungen moderierte sie Publikumsdiskussionen und führte Workshops durch. Der Verein Kdei Karuna seinerseits hat zusammen mit Überlebenden und Jugendlichen eine Multimedia-Wanderausstellung zum Thema Gendergewalt organisiert, um die Debatte in die Gesellschaft zu tragen. «Gendergewalt ansprechen und den Dialog zwischen den Generationen fördern ist zentral, um die Vergangenheit zu überwinden. Um eine demokratische und der Gerechtigkeit





verpflichtete Kultur zu schaffen, muss man mit den Jugendlichen arbeiten», unterstreicht Viviane Hasselmann, DEZA-Projektleiterin im Bereich Gesundheit und Gouvernanz in Kambodscha. Ebenfalls im Sinn kollektiver Erinnerung hat das für die Erschließung des audiovisuellen Archivs von Kambodscha zuständige Bophana-Zentrum zahlreiche Schilderungen aufgezeichnet und einen Dokumentarfilm gedreht, der dieses Jahr im nationalen Fernsehprogramm zu sehen ist. Mehr als 150 Überlebende und viele weitere Zuschauerinnen und Zuschauer haben das Ballett auf der Bühne der Chaktomuk Hall

in Phnom Penh bereits gesehen. «Für manche war es ein so umwerfendes Ereignis, dass sie draussen nach Luft schnappen mussten. Aber die allermeisten waren total begeistert», erzählt Sophiline Cheam Shapiro. Nach den Auftritten in der Hauptstadt geht das Ballett in den Provinzen von Battambang und Kampot auf Tournee. ■

(Aus dem Französischen)

Prozess nach 40 Jahren

Zwischen 1975 und 1979 töteten die Roten Khmer 1,7 Millionen Kambodschanerinnen und Kambodschaner, ein Viertel der Bevölkerung. 2006 wurde mit der UNO ein Gerichtshof gebildet, um die Hauptanführer dieser Diktatur zur Rechenschaft zu ziehen. Beim ersten Prozess wurde im Februar 2012 Kang Guek Eav, besser bekannt unter dem Namen «Douch» und ehemaliger Direktor eines Folterzentrums, zu lebenslanger Haft verurteilt. Der zweite Prozess wurde zweigeteilt. Der erste Teil widmete sich Nuon Chea und Khieu Samphan, den Nummern zwei und drei des Regimes. Beide wurden 2014 für Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt. Im zweiten Teil geht es um die Verbrechen im Zusammenhang mit den Zwangsehen, bei dem 3867 zivile Klägerinnen und Kläger involviert sind. Das Urteil wird gegen Ende des Jahres erwartet.

Service

Filme



Trigon

Verliebt am Roten Meer

(mr) Eine Liebeskomödie aus Saudi-Arabien? Das klingt nicht gerade alltäglich und ist es auch nicht. Umso erfrischender gibt der saudi-arabische Film «Barakah Meets Barakah» Einblick in eine Welt, von der wir wenig wissen. Barakah ist Ordnungsbeamter in Dschidda und Laiendarsteller im «Hamlet», nicht wirklich aus bester Familie. Bibi ist eine wilde Schönheit, Adoptivtochter eines reichen Paares mit Eheproblemen. Mit atemberaubender Raffinesse hebeln die beiden das System von Tradition, Etikette und Religionspolizei aus – in einer Komödie für all jene, die schon immer mal wissen wollten, was in Saudi-Arabien eigentlich so los ist. Und sich gerne lakonisch, amüsant, schräg überraschen lassen. Der erste abendfüllende Spielfilm von Regisseur Mahmoud Sabbagh wurde an der Berlinale ausgezeichnet und begeisterte bereits über 12 000 Zuschauerinnen und Zuschauer in den Schweizer Kinos. Neu ist er in der Trigon-Film-Edition auf DVD erhältlich. «Barakah Meets Barakah» von Mahmoud Sabbagh, Spielfilm Saudi-Arabien 2016; www.trigon-film.org

Spannungsfeld Tourismus

(df) Wie sieht die Zukunft des Wintertourismus angesichts der Klimaerwärmung im Alpenraum aus? Ist Slumtourismus ethisch vertretbar? Wie steht es um die Menschenrechte in afrikanischen Nationalparks? Wer profitiert von freiwilligen Kurzeinsätzen in Ländern des Wertsüdens? Kann Ökotourismus eine Alternative zum

Massentourismus sein? Wie funktioniert Tourismuswerbung? Diese und weitere Fragen werden in den Filmen der Sammel-DVD «Fernweh – Tourismus im Spannungsfeld von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft» an sehr unterschiedlichen Schauplätzen aufgeworfen. Die DVD regt dazu an, sich angesichts des internationalen Jahrs des nachhaltigen Tourismus vertieft mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten von Tourismus hier und anderswo auseinanderzusetzen.

«Fernweh. Tourismus im Spannungsfeld von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft.» Sieben Kurz- und Dokumentarfilme (ab



12 J) als DVD oder Video on Demand. Information: education21, Tel. 031 321 00 22, www.filmeeinewelt.ch

Aussergewöhnliches Engagement

Musik (er) Der Auftakt zur Bildung eines aussergewöhnlichen Kollektivs erfolgte 2015 in Marseille. In der Folge haben sich zehn westafrikanische, junge und auch etablierte, Musikerinnen für einen politisch engagierten CD-Auftritt zusammengeschlossen, unter ihnen Mariam Doumbia, Angélique Kidjo, Rokia Koné und Nneka. Ihre zwölf eingespielten Songs prangern in Mandinka, Französisch und Englisch die Macho-Kultur an, richten sich gegen sexuelle Gewalt und Genitalverstümmelung. Sie versprechen keine gewohnten Afro-Klänge & Rhythmen: An der Reglern im Studio kleidete der irische Starproduzent Liam Farrell aka Doktor diverse Stile wie Mandinka-Blues, Pop, Funk, afrikanische Reggae- und Dub-Grooves in ein modernes und homogenes Elektro-Klangge-

Gelassene Ausstrahlung

(er) Er ist eigenwillig und einzigartig: der Musikstil, den Singer/Songwriter James Yorkston, Bassist Jon Thorne und Sarangi-Spieler Ustad Sabri Khan kreieren. Da finden sich schottischer Folk mit einem Touch von US-Country-Blues, britische Jazz-Timbres und indische Klassik mit ihren meditati-



ven Klängen von Streichinstrumenten zu einem intensiv und organisch feinen Zusammenspiel. Akzentuiert wird dies durch musikalische Farbtupfer wie sanfte Pianoläufe, harmonische Gitarrenakkorde, auch einmal leise Akkordeon-Klangspuren und sogar Saiten-Resonanzen der griechischen Bouzouki. Die drei Stimmen der Musiker – mal voll und dunkel, dann wieder warm und hell, manchmal glasklar oder wiederum leicht benebelt – tragen zur gelassenen und ästhetischen Ausstrahlung eines hörenswerten Albums bei, welches trendlose und exzellente Weltmusik bietet. Yorkston/Thorne/Khan: «Neuk Wight Delhi All Stars» (Domino/Irascible)

Wunderbare Auslese

(er) Für westliche Ohren ist es ein unbekanntes Klangerlebnis: der in der Mongolei gepflegte Kehlkopfgesang Khöömii (seit 2010 Unesco-Kulturerbe). Durch verschiedenste Techniken und Stile entfalten die tiefen, nahezu röchelnden und hohen, fast pfeifenden Töne ihre facettenreich schwebenden Klangbilder. Eine wunderbare



wand. Der exquisite Mix betont die charakteristischen Timbres der Frauenstimmen. Erwähnenswert: Ein Teil des Verkaufsgewinns ist für das Panzi Hospital in der Demokratischen Republik Kongo bestimmt, wo Tausende von misshandelten Frauen behandelt und betreut werden.

Various: «Les Amazones D'Afrique - République Amazone» (Real World/Indigo)

Auslese bieten zwei CDs mit 43 Feld- und Studioaufnahmen, wovon 28 Erstveröffentlichungen sind. Die Lieder aus drei Generationen (1954–2016) werden von Profis und Laien a cappella vorgetragen, aber auch kammermusikalisch und orchestral begleitet. Von den traditionellen Instrumenten sind Pferdekopfgeige, Langhalslaute, Yatga-Zither oder Maultrommel zu hören. Faszinierend sind die mal ländlich, mal städtisch und sogar von Ethno-Rock-Anklängen geprägten Tonsuren. Entstanden ist ein Meisterwerk, das durch ein 47-seitiges Booklet liebevoll und ausgezeichnet dokumentiert wird (in F/E/Mong.). *Various: «Une Anthologie du Khöömii mongol» (Buda Musique)*

Geplündertes Afrika

(bf) In mancher Hinsicht ist Afrika der wohl reichste Kontinent der Welt: Ein Drittel der weltweiten Rohstoffvorkommen liegt da unter der Erdoberfläche. Für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet dieser Reichtum jedoch weit mehr Fluch als Segen. Denn das Geschäft mit geraubten Bodenschätzen ist verhängnisvoll für Menschen und politische Systeme in Afrika. Mit seinem Buch «Der Fluch des Reichtums» deckt Tom Burgis, der für die britische «Financial Times» jahrelang in Afrika als Auslandreporter unterwegs war, schockierend und faktenreich Struk-



Charlie Bibby

turen auf, die dieses Geschäft ermöglichen – und macht Machtkonstellationen sichtbar, die bisher der Öffentlichkeit grösstenteils verborgen waren. Tom Burgis' investigative Rohstoffreise durch den afrikanischen Kontinent – vom Nigerdelta, der Heimat der Ölindustrie Nigerias, bis zu den rohstoffreichen Gebieten des östlichen Kongo – liest sich wie ein Spionageroman: grossartig und niederschmetternd, packend und verstörend.

«Der Fluch des Reichtums» von Tom Burgis; Westen Verlag Frankfurt 2016

Grenzenlose Kinderverse

(bf) Jede Kultur kennt Kinderverse. Sie sind die erste Form von Literatur, die einem Kind begegnet. In der Emigration jedoch geraten Kinderreime oft in Vergessenheit, da die Familien vor vielen neuen Herausforderungen stehen. Die Zürcherin Silvia Hüslér, Fachfrau für interkulturelle Pädagogik, sammelt und publiziert seit vielen Jahren Kinderverse- und Kinderlieder in den verschiedensten Sprachen der Welt. Ihr Buch «Kinderverse in über 50 Sprachen» versteht sie

denn auch als ein Hilfsmittel gegen die sprachliche Heimatlosigkeit. Dank der beiliegenden MP3-CD kann man sich alle Verse und Lieder in der Originalsprache anhören. Das von der Autorin selbst illustrierte Buch beinhaltet die meisten Flüchtlingsprachen in Europa wie Arabisch, Kurdisch, Paschtu, Farsi, Tigrinya (Eritrea) in Europa, und richtet sich neben Kindern und Eltern auch an Lehrpersonen.

«Kinderverse in über 50 Sprachen» von Silvia Hüslér, Lambertus Verlag Freiburg 2017

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Verschiedenes Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Informationen: Vortragservice, Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern; Tel. 058 462 31 53, Mail: vortragsservice@eda.admin.ch

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Manuel Säger (verantwortlich)
George Farago (Gesamtkoordination)
Sylvie Dervey, Beat Felber, Barbara Hell,
Marie-Noëlle Paccolat, Özgür Unal

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)
Luca Beti (lb), Jens Lundsgaard-Hansen (lh),

Zélie Schaller (zs), Christian Zeier (cz)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: deza@eda.admin.ch

Tel. 058 462 44 12
Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 47 400

Titelseite: Der König-Talal-Staudamm in Jordanien versorgt die Landwirtschaft im Jordantal mit Wasser; Ed Kashi/Redux/laif

ISSN 1661-1667

Fernsucht



ZVG

Jenseits der Stereotypen

Der Tessiner Fotograf Reto Albertalli lässt sich von Orten durchdringen und setzt dies in intime und überraschende Bilder um.

Während meiner ersten Reise nach Palästina liess ich mich von Klischees blenden: Panzern, Stacheldraht, Mauern. Zutiefst frustriert kehrte ich zurück. Meine Bilder erzählten nur bereits bekannte Geschichten. Drei Monate später reiste ich wieder nach Palästina. Diesmal ins Flüchtlingslager Jenin, um Fotografie zu unterrichten. Drei Monate lang liess ich mich ganz vom dortigen Leben durchdringen. Die Erfahrung öffnete mir die Augen für ganz intime Momente und Realitäten jenseits aller Stereotypen. Es war wie eine Offenbarung. Meine Aufnahmen waren die Konsequenz gemeinsamen Lebens, bestehend aus Blicken, kleinen Gesten, Schwierigkeiten und Ängsten. Ein Jahr danach passierte mir in Afghanistan fast genau dasselbe. Anfangs verweigerte ich die üblichen Sujets. Diese Oberfläche durchbrach ich erst in einer Zirkusschule in Kabul, wo ich Fotografie unterrichtete. Aus dem Nichts erschienen dort einige junge afghanische Frauen, eigentlich ein fotografisches Tabu. Doch sie liessen sich porträtieren, durchbrachen damit die kulturellen und sozialen Grenzen ihres Landes, und ich kehrte mit Bildern von aussergewöhnlicher Ausdruckskraft zurück.

(Aufgezeichnet von Luca Beti; aus dem Italienischen)

«Die Bedeutung von Wasser als Resource ist längst akzeptiert – aber wie wichtig Wasser für die globale Sicherheit ist, wurde lange unterschätzt.»

Sundeep Waslekar, Seite 11

«Wenn sich jemand dazu entschliesst, ‚unsere‘ hiesige Sprache zu lernen, besteht die erste Lektion darin, aufzuhören, wie eine Touristin oder ein Tourist zu denken.»

Sandra Zlotrg, Seite 22

«Viele Fähigkeiten, die wir heute in der Berufsausbildung erlernen, werden mit der Digitalisierung nicht mehr gefordert sein.»

Elvis Melia, Seite 29
